

Christ und Sozialist

**Blätter des Bundes der Religiösen
Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands**

**Einzelverkauf
DM 5,-**

**Neue Folge
17. Jahrg.**

**Dezember
1993**

4/93

Dietrich Braun

**Befreiung zur Solidarität
Helmut Gollwitzer 1908 – 1993**

Fulbert Steffensky

Die Träume gehen verloren

**Obdachlosigkeit und
Wagenburgen in Berlin**

Ein Interview

Angela König

**Bosnien – drei Monate
am Rande des Krieges**

Klaus Bajohr

50 Jahre »Theologische Existenz heute«

Impressum:

»Christin und Sozialistin« wird herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialistinnen Deutschlands e.V.: Ulrich Peter (Berlin), Reinhard Gaede (Herford), Udo Fleige (Tübingen), Rudolf Laeger (Frankfurt). Erscheinungsweise vierteljährlich.

Bezugspreis jährlich DM 20,- (Ausland DM 25,-) incl. Porto. Zahlungen zu Beginn des Jahres bitte an den Bund der Religiösen Sozialistinnen, Postgiroamt Dortmund 189 389-464 (BLZ 440 100 46).

Quittungen werden auf Wunsch zugesandt. Förderabo DM 30,- oder mehr.

Beiträge über DM 20,- sind als Spende steuerlich absetzbar.

»Christin und Sozialistin« kopiert mit »Neue Wege«, Zürich.

Redaktion: Reinhard Gaede (Schriftleitung), Laarer Str. 297, 72051 Herford
Lothar Bücken, Wetter
Erhard Griese, Düsseldorf
Rolf Köhler, Bad Schönborn
Christa Peter, Berlin
Marie-Luise Schwerig, Bochum
Oliver Vogelsmeier, Berlin

Abonnements und Retours:
BRSD, Postfach 2521,
72051 Tübingen,
Kündigungen werden zum Jahresende wirksam.

Layout: Andreas Hesse, Berlin

Repro: Umbruch, Berlin

Druck: Hephata-Werkstätten,
Mönchengladbach;
Druck auf Umweltschutzpapier

Hergestellt auf
Umweltschutzpapier

Die Fotos auf den Seiten 11, 17, 29, 31, 50 stammen aus dem Umbruch-Bildarchiv

Inhaltsverzeichnis:

Dietrich Braun	
Befreiung zur Solidarität.	
Helmut Gollwitzer 1908 – 1993. Ein Nachruf	4
Fulbert Steffensky	
Die Träume gehen verloren	6
Christa Peter/Oliver Vogelsmeier:	
Interview mit Christian zu Obdachlosigkeit und Wagenburgen in Berlin	11
Ulrich Peter	
Sparen bei den Reichen?	18
Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt	
Erklärung zu den geplanten Sparbeschlüssen der Bundesregierung	19
Südafrika-Komitee Köln	
Märchen von dem Land, in dem ohne Asylsuchende alles besser wurde	21
Angela König	
Bosnien – Drei Monate am Rande des Krieges	22
Heike Bethe/Matthias Nauerth	
Chile 1973: Die niedergeschlagene Hoffnung auf demokratischen Sozialismus	27
Klaus Bajohr	
Die kirchliche und politische Bedeutung von Barths Schrift »Theologische Existenz heute!« (1933)	32
Bericht von der Jahrestagung des Bundes der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD)	42
Arbeitsgruppe der Jahrestagung des BRSD	
»Dialog« mit dem 73. Psalm	43
Ulrich Peter	
Wir trauern um Herbert Sorgius	44
Bücher, die uns interessieren	45
Bernhard Göring	
Weihnachten 1932	49

Zu diesem Heft:

Zu dem Zeitpunkt, an dem dies Heft die Leserinnen und Leser erreicht, steht Weihnachten vor der Tür. Weihnachten – ein Fest der Christenheit, ein Fest des Friedens. In den Gemeindegottesdiensten wird dann die Weihnachtsgeschichte des Lukas vorgelesen und der Lobgesang der Engel: »Ehre sei Gott in den Höhen und Friede auf Erden unter den Menschen, an denen Gott Wohlgefallen hat«. In der Vorbereitung dieses Heftes hatten wir geplant, unsere Weihnachtsausgabe aus der Perspektive »der da unten« zu gestalten. Die Realität gab uns die Themen auf. Der Bogen geht von der Situation der Frauen im umkämpften Bosnien über den Sozialabbau in der BRD bis hin zur Räumung der Wagenburgen in Berlin. Wir bleiben dabei nicht bei der Analyse stehen, sondern zeigen auf, wie stark auch die Schwachen in ihrer Schwachheit sind und sein können. Dies kann in dieser Schweigezeit nicht laut genug gesagt werden.

Es geht um die Würde des Menschen! Diese Würde ist eines der einzigartigen Bilder der jüdisch-christlichen Tradition. Mit einem Beitrag Fulbert Steffenskys »Die Träume gehen verloren«, setzen wir unsere Annäherung über den weiteren Weg der Christenheit und der Kirchen fort. Auf diesem Weg fehlen uns immer mehr »alte« MitstreiterInnen. In diesem Heft nehmen wir u.a. Abschied von Helmut Gollwitzer, dem wir viel zu verdanken haben. »Christinnen und Christen haben kein Recht, Pessimisten zu sein«, hat er einmal geäußert, und uns empfohlen, uns die Geschichte anzusehen. Ansonsten würde die Rechte festlegen, was Geschichte sei. Zwei Versuche dagegen sind ein Beitrag, den wir zum 50. Geburtstag von »Theologische Existenz heute« publizieren und eine Erinnerung an den 20. Jahrestag des blutigen Putsches in Chile gegen die demokratisch gewählte Regierung Allende. Die Reaktion deutscher Politiker und Firmen machte damals deutlich, daß das Kapital im Notfall eher die Demokratie abschafft, als seine Allein-Herrschaft zu gefährden.

Mit diesem Heft geht der erste Jahrgang in der Verantwortung der neuen Redaktion zu Ende. Wir haben viele positive Rückmeldungen auf das neue Erscheinungsbild und die Inhalte erhalten. Dies macht uns Mut für das nächste Jahr. 1994 wird CuS mit einem Titel erscheinen, der sowohl die weibliche wie die männliche Schreibweise integriert.

Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern ein gesegnetes Weihnachtsfest und viel Kraft für das Jahr 1994.

Eure Redaktion

Befreiung zur Solidarität Helmut Gollwitzer 1908 – 1993

Ein Nachruf

»Befreiung zur Solidarität« – unter diesem für ihn charakteristischen Titel hat Helmut Gollwitzer 1978 seine Berliner Abschiedsvorlesung in Buchform veröffentlicht. Wenn er von Solidarität sprach, so meinte er immer eine dreifache: die unbegreifliche, nie aufhörende Solidarität Gottes mit dem Menschen, die aus Dankbarkeit hierfür entspringende Solidarität des Menschen mit diesem menschenfreundlichen Gott und eben um seinerwillen auch die Solidarität mit der unter den Folgen ihrer Gottesfeindschaft leidenden Welt: »Gott ist gnädig heißt: Gott ist mit uns solidarisch. Und glauben heißt: solidarisch werden mit denen, mit denen Gott solidarisch ist, ein Bote der Solidarität Gottes zu den anderen hin, weil er mit uns nicht solidarisch ist, ohne mit dem neben uns solidarisch zu sein. Solidarität heißt Freiheit für den anderen, wie Gott frei ist für uns.«

Es gibt in der Tat kein anderes Wort, das für Helmut Gollwitzer bezeichnender wäre als dieses: In tiefer Solidarität lebte er mit seinen Mitgefangenen in Rußland in den Jahren 1945 – 1949: früher als die meisten anderen erklärte er seine Solidarität mit den Juden, dem Judentum und dem Staat Israel; es war diese Haltung, die ihn Partei ergreifen ließ für die leidende Bevölkerung in Vietnam, der es aber auch zu verdanken ist, daß die aufbegehrenden Studenten 1968 auf ihn hörten, so daß die Unruhen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke

keine blutigen Zwischenfälle nach sich zogen. Aus Solidarität »zur Freiheit für den anderen« hat Gollwitzer denn auch eine sozialistische Gesellschaftsordnung befürwortet und das solidarische Miteinanderleben von Menschen eher für geeignet gehalten, zu einem Gleichnis des Zusammenlebens im kommenden Reich Gottes zu werden, als eine auf privatem Gewinnstreben beruhende kapitalistische Ordnung.

Unvergesslich bleiben in diesem Zusammenhang aber auch die großen öffentlichen Stellungnahmen des Empfängers der Buber-Rosenzweig- und der Carl von Ossietzky-Medaille für die Menschenrechte und gegen das Wettüben und seine erklärte Solidarität mit allen, die sich auf der Höhe des kalten Krieges mit ihm im Kampf gegen den tödlichen Wahnsinn engagierten. Keine Frage: Wie umstritten auch immer, Helmut Gollwitzer war »einer der vielseitigsten und fruchtbarsten Theologen in Deutschland seit der Zeit des Dritten Reiches«. Sein literarisches Werk umfaßt umfangreiche theologische und philosophische Monographien, Auslegungen biblischer Bücher und Predigtbände, zeitgeschichtliche Werke, politische und kirchengeschichtliche Schriften.

Schon früh schloß er sich der Bekennernden Kirche an und übernahm 1938 als Nachfolger Martin Niemöllers nach dessen Verhaftung die Dahlemer evangelische Gemeinde. Zwei Jahre später wur-

de er mit Redeverbot belegt, seines Amtes enthoben, aus Berlin ausgewiesen und wenig später zur Wehrmacht eingezogen. Nach den Jahren der Gefangenschaft in Rußland wirkte er zunächst auf dem Lehrstuhl für Systematische Theologie in Bonn und folgte 1957 einem Ruf an die Freie Universität Berlin. Als theologischer Lehrer, als Prediger an der Jesus-Christus-Kirche in Dahlem und nicht zuletzt als Seelsorger in den bewegten Jahren vor und nach 1968 verehrt und angegriffen, ist er aus der Geschichte von Theologie, Kirche und Gesellschaft der vergangenen Jahrzehnte nicht wegzudenken.

Wenn er für viele das Image eines politisierenden Theologen besaß, so übersahen sowohl rechte Kritiker wie linke Anhänger oft, daß sich Helmut Gollwitzer theologisch eher als einen mehr konservativen, an den zentralen Gehalten der biblischen Botschaft sich orientierenden Ausleger und Prediger und als einen um den Menschen bemühten Seelsorger verstand. Gerade deshalb fragte er unerbittlich nach den Konsequenzen der christlichen Verkündigung für Politik und Gesellschaft. Schüler Martin Luthers ebenso wie des Basler Theologen Karl Barth, hat ihn der zwischen beiden theologischen Schulen ausgetragene Grundlagenstreit in der Ethik besonders beschäftigt. Angesichts des komplementären Gefüges von lutherischer Zwei-Reiche-Lehre, deren Vertreter bemüht sind, geistliches und weltliches Handeln in einer spannungsvollen Unterscheidung zu halten, und der Lehre von der Königsherrschaft Christi, in der es darum geht, keine vom Evangelium unerreichten Eigengesetzlichkeiten entstehen zu lassen, lag für ihn der Akzent zweifellos auf der letzteren.

Konkret ging es hierbei um die Lehren aus dem Kirchenkampf während des

Dritten Reiches für die deutsche Politik und um die Erkenntnis des politischen Auftrags der christlichen Gemeinde. Vor diesem Hintergrund sind die beiden Hauptanliegen des theologischen Wirkens Helmut Gollwitzers in der Nachkriegszeit zu verstehen: die Förderung



Helmut Gollwitzer 1981 auf dem Weg in ein besetztes Haus, für das er die Patenschaft übernommen hatte.

des christlich-jüdischen Dialogs und seine Bemühung um das Verhältnis von Christentum und Sozialismus. Leidenschaftlich ist der Theologe seit dem Jahr der Reichspogromnacht für eine grundlegende Revision des traditionell verfehlten christlich-jüdischen Verhältnisses eingetreten. Seine damals am Bußtag 1938 gehaltene Dahlemer Predigt begann

mit den Worten: »Wer kann denn jetzt noch predigen? Sollten wir nicht einfach stille sein und nur noch Gott um Vergabung für uns und unser Volk bitten?«

Als aufmerksamen Beobachter der Situation des Staates Israel bedrückten ihn jahrelang schlimme Befürchtungen einer neuen großen Zerstörung Israels – eine Gefahr, für die er die jüdische Rechte verantwortlich machte. Nun durfte er das beglückende Ereignis der beginnenden Versöhnung Israels und seiner arabischen Nachbarn noch erleben. Obwohl er aus seiner Option für eine sozialistische Gesellschaftsordnung nie ein Geheimnis gemacht hat, war er weit davon entfernt, das diktatorische Gesellschaftssystem des klassischen Marxismus in der ehemaligen Sowjetunion, wie er es in seiner mehrjährigen Kriegsgefangenschaft kennengelernt und mit Funktionären diskutiert hatte, als nachahmenswertes Beispiel zu empfehlen.

Was ihm vor Augen stand, war die Utopie einer gerechten und herrschaftsfreien Gesellschaft, eines engagierten Humanismus, einer radikal demokra-

tischen, sozialistischen Reformbewegung, die jedenfalls für ihn der real existierende Sozialismus nicht war und auch nicht sein wollte. In seinen späteren Jahren hat sich Helmut Gollwitzer dann immer skeptischer geäußert: Das kapitalistische System zeige eine erstaunliche Überlebens- und Reformationsfähigkeit; eine sozialistische Zukunft sei zwar im Blick auf die heutigen Weltprobleme das Nötigste, werde aber nicht kommen; die Art der Verwirklichung des Sozialismus habe diesen diskreditiert. Viele seien einst Kommunisten geworden, um nicht hoffnungsarme Nihilisten zu werden. Wie aber, wenn dieser Weg nun kein taugliches Mittel mehr ist? Und wie, wenn der Glaube an den Kapitalismus, an den sich das »Prinzip Hoffnung« statt dessen gehängt hat, ein noch folgenschwererer Irrglaube ist? Kann ein heutiger Mensch etwas anderes als Nihilist sein? Der Theologe Gollwitzer im Rückblick auf sein Leben: »Ich wollte darüber berichten, was nach meiner Erfahrung gegen den Nihilismus gefeit machen kann. Das kann das Evangelium.«

Fulbert Steffensky

Die Träume gehen verloren

Eine der politisch-spirituellen Grundaufgaben der Kirche ist die Überlieferung der Geschichten und der Bilder von der Würde des Menschen. Daß das Leben kostbar ist, daß Gott es liebt, daß niemandem die Zukunft versperrt sein soll, daß wir zur Freiheit berufen sind, daß die Armen die ersten Adressaten des Evangeliums sind – das sagt, singt und spielt uns die christlich-jüdische Tradition

in vielen Geschichten und Bildern vor. Das Evangelium bildet uns, d.h. es baut an unseren inneren Bildern, an unseren Visionen vom Leben. Wer einmal mit Jesaja 35 gelernt hat, daß ein Land versprochen ist, in dem auch der Lahme springt, in dem die Blinden sehen, in dem auch die Stummen sprechen, der wird nicht völlig zuhause sein in einer Gegenwart, in der die Sprachlosigkeit so

vieler als gegeben hingenommen wird und die für die meisten Menschen nicht mehr als eine Wüste ist.

Das Evangelium baut unsere Träume von der Gerechtigkeit, es baut unser Gewissen. Der Mensch ist nicht nur verantwortlich vor seinem Gewissen. Verantwortlich ist er auch für sein Gewissen. Es gibt zwei Arten von Schuld. Die eine ist, gegen sein Gewissen zu handeln. Die andere, gefährlichere ist, kein Gewissen zu haben. Die Idee der Gerechtigkeit und das Gewissen sind nicht selbstverständlich, sie gehören nicht einfach zu unserer Natur, sondern wir müssen sie lernen. Es ist nicht selbstverständlich, daß die Schwarzen nicht Beute der Weißen werden sollen, das lehrt uns die Geschichte des Rassismus. Es ist nicht selbstverständlich, daß die Indianer nicht Sklaven der Christen werden sollen, das lehrt uns ein Blick auf die theologische Argumentation eines Sepuveda, die die Unterwerfung rechtfertigt. Der Satz der spanischen Eroberer des neuen Kontinents »Es kann nicht nur Störche, es muß auch Frösche geben« ist viel selbstverständlicher, geläufiger und einleuchtender.

Wir sehen uns neuen Lebenslagen gegenüber, in denen Gedächtnislosigkeit und Traumlosigkeit zum Prinzip zu werden droht.

Das Evangelium bildet uns, es lehrt uns Gerechtigkeit und Gewissen. Somit wird Verkündigung und Einführung in die Bilder des Lebens zur zentralen Aufgabe der Kirche. Erinnerung an die Träume und Erinnerung an die Opfer – das schuldet die Kirche sich selber und einer traumlosen Gesellschaft. Die Träume gehen verloren. Wir sehen uns neuen Lebenslagen gegenüber, in denen Gedächtnislosigkeit und Traumlosigkeit zum Prinzip zu werden droht. Gedächtnis

und Traum hängen zusammen. Die Erinnerung daran, was Menschen angetan wurde, schärft die Träume und die Grundkenntnisse der menschlichen Welt, die kommen soll. Die Erinnerung ist die Triebkraft der Vision vom ganzen Leben (E.Bloch), und was kommen soll, entdecken wir wesentlich daran, was den Toten angetan und was ihnen vorenthalten wurde. Es fällt mir schwer, mir eine Humanität vorzustellen, die nicht wesentlich Gedächtnis des Leidens und der Zerstörungen ist.

Es gab einmal einen von fast allen angenommenen Horizont, eine Lesart von Geschichte und Welt, einen Normenkanon, welche Solidarität, Achtung des Lebens und Gedächtnis der Toten gebot. Menschen waren gewohnt, normativ zu denken. Es gab Normen, die sich in Erzählungen, Begehungen und Bildern aufführten. Es gab humanistische, christliche und sozialistische Würdetraditionen, auf die man sich berufen konnte und vor denen die Würdelosigkeit, die Ungerechtigkeit und das Vergessen es nicht ganz leicht hatten. Man mußte deswegen die eigene Würdelosigkeit kaschieren, entschuldigen, leugnen.

Was aber, wenn in einer post-traditionalen und post-normalen Gesellschaft dieser Normenhorizont mit seinen Inhalten und Dramatisierungen selber zusammenbricht? Wir erleben im Augenblick den Zusammenbruch oder die Entwichtigung zweier großer Lesarten der Geschichte, des Sozialismus und des Christentums. Den Anteil dieser beiden Lesarten an der Beleidigung des Lebens will ich nicht unterschlagen. Aber immerhin war es so, daß das Christentum den Christen selber in den Weg trat; daß die Idee des Sozialismus wenigstens gelegentlich die Realität des Sozialismus störte. Rosa Luxemburg und Franz von Assisi konnten nie ganz verscharrt wer-

den. Man hatte sie immer noch als Leiche im Keller, und gelegentlich gab es die Auferstehung der Toten. Es gab verpflichtende Texte, auch wenn sie noch so oft gefälscht wurden. Diese Texte befahlen, die Welt von den Opfern und von den Beleidigten her zu lesen. Was aber, wenn die Texte verschwinden; wenn nichts mehr zu lesen ist?

Die Träume vom Gelingen werden unter Terrorismusverdacht gestellt. Als geschichtliche Aufgabe wird eher die Absage an alles Ideenhaltige und an Visionen erklärt.

Die Lesarten brechen nicht nur zusammen, sie werden bekämpft. Ich erinnere an das Buch von Joachim Fest (Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters, 21991). Es ist das neue Kultbuch der Pragmatiker. Die Träume vom Gelingen werden unter Terrorismusverdacht gestellt. Als geschichtliche Aufgabe wird eher die Absage an alles Ideenhaltige und an Visionen erklärt. Die Sehnsucht wird diskreditiert, und damit behält die Gegenwart Recht gegen die Idee von einem gerechteren Leben. Der neue Feind der Erinnerung könnte die ungestörte Heutigkeit der Subjekte werden; der traditionsfreie Mensch, der sich selber Horizont und Norm ist. Wenn die normativen Horizonte eingestürzt und die Bilder vom ganzen Leben verschwunden sind, braucht man sich nicht einmal die Mühe des Kaschierens und Verdrängens zu machen. Man kann die Erinnerung kostenlos begraben. Es gibt auch die Würdelosigkeit, in sich selber zu ruhen; des vergrabenen Gewissens und der ausgelöschten Träume. Und so wird die Aufgabe der Kirche dringlich: Gedächtnis des Leidens und des Traums vom Gelingen.

Die Bilder blieben groß wie nie eingewechselte Zehntausendmarkscheine, und damit blieben sie leer und aussagearm.

Mir werden vor der Gefahr der Traumlosigkeit die Weisen der Aneignung der Lebensbilder in der Kirche immer wichtiger. Wichtig wird mir die Predigt, wichtig werden mir die Andachten, wichtig werden mir die Psalmen und die Bibel, wichtig wird mir die Meditation – nicht als weltlose Selbstversenkung, sondern als Formen der langsamen und langfristigen Aneignung von Lebensbildern. Das Problem der alten Vergewisserungsformen, der Predigt etwa, war, daß die Bilder kontextfrei blieben und nicht auf die gegenwärtige Lebenswirklichkeit bezogen wurden. Die Bilder blieben groß wie nie eingewechselte Zehntausendmarkscheine, und damit blieben sie leer und aussagearm.

Es gibt ein neues Problem und einen neuen Trend, den ich für ähnlich gefährlich halte. Es ist die Auflösung der christlich-jüdischen Tradition in leichtmünzige Sagbarkeiten. Ich möchte das erklären an einer Predigt über 1. Mose 32 (Jakobs Kampf mit dem Engel), die ich vor kurzem gehört habe. Die Pfarrerin hat den Text mit den großen archaischen Bildern vorgelesen, die ihre Größe gerade in ihrer Rätselhaftigkeit haben: der geheimnisvolle Fremde, der Feind; Verwundernder, Versprechender und Segnender zugleich. Nun bäckt die Pfarrerin kleine mundgerechte Predigtbrötchen. Die Predigt verlegt die Szene am Jabbok an den Frühstückstisch eines muffelnden Ehepaars. Er grunzt gelegentlich. Sie wird ärgerlich und erklärt in einer längeren Rede, wie ihre Beziehung nur durch Auseinandersetzung, Beredung und Aufarbeitung gelingen könnte; wie man sich nicht durch Schweigen und Auswei-

chen schützen dürfe, sondern sich verwundbar machen müsse, wie Jakob sich vor dem Engel verwundbar gemacht hat. Erst daraus entstände der Segen, wie in jener Geschichte von Jakob und seinem nächtlichen Kampf. Der geheimnisvolle Text war plötzlich »bis zum Gähnen deutlich« (Herder).

Was ist mein Problem mit dieser Predigt? Die Pfarrerin sagte nichts Falsches. Sie sagte vielmehr ein Allerwelts-Richtiges von der Kanzel. Wer wollte ihr wi-

dersprechen? Sie sagte unter leichter Benutzung des Textes, was Menschen sich sagen können, sofern sie auch nur ein Stück Klugheit und Lebensbeobachtung haben. Die Wahrheit der Rede entstand nicht ernsthaft im Gespräch und in der Auseinandersetzung mit dem Text. Das eigene Süppchen ist schon lange gekocht und wird am Text höchstens noch einmal leicht angewärmt. Die Auseinandersetzung mit dieser Tradition überrascht und befremdet nicht, sondern verkleidet

Spenden-Aufruf für CuS 1994

Seit Jahren kostet das Jahres-Abonnement von CuS 20,- DM. Die Kosten pro Heft sind in dieser Zeit gestiegen: die Layout-Kosten in den letzten zwei Jahren um 1,- DM pro Heft oder 4 DM pro Jahr (wir meinen: man sieht es dem Heft an). Die Portokosten stiegen 1993 von 0,60 DM auf 1,- DM pro Heft oder um 2,40 pro Jahr. Alle Redaktionsarbeit an der Zeitschrift geschieht ehrenamtlich, **um kostendeckend zu arbeiten, müßten wir (trotzdem) für das Jahresabo ca. 35,- DM** verlangen. Aber wir möchten den Abopreis von 20 DM noch einige Zeit halten, um Studierenden und Nicht-Verdienenden ein Abonnement zu ermöglichen. Dies ist nur dadurch möglich, daß der BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTINNEN UND SOZIALISTEN DEUTSCHLANDS E.V. die Zeitschrift entsprechend subventioniert.

»Wer heute die Lüge und Unwissenheit bekämpfen und die Wahrheit schreiben will«, meinte einst Bert Brecht, »hat zumindest fünf Schwierigkeiten zu überwinden«, er/sie müsse Mut haben, Klugheit, Können, Urteilsvermögen und List. Wir meinen, wir haben heute sechs Schwierigkeiten zu überwinden, die sechste ist das Geld.

Unser Bund lebt ausschließlich von den (geringen) Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden der Mitglieder, der Leserinnen und Leser. Wir bitten Sie deshalb um Ihre Spende für den Bund und die Zeitschrift des Bundes CuS. CuS ist die einzige Zeitschrift in Deutschland, die die »edlen Worte« (Helmut Gollwitzer) Christentum und Sozialismus weiterhin im Titel führt.

- Tragen Sie dazu bei, daß die Zeitschrift weiter verbreitet wird.
- Machen Sie Ihren Freundinnen, Freunden und Bekannten ein Jahresabo von CuS zum Geschenk!
- Wandeln Sie Ihr Normal-Abo von 20 DM in ein Förder-Abo von mindestens 35,- DM um. Beträge über 20,- DM sind als Spende steuerlich absetzbar! Einen Vordruck für Förder-Abo und Geschenk-Abo finden Sie in jedem Heft.
- Machen Sie eine einmalige oder regelmäßige Spende an den Bund, die Kontonummer des Bundes finden Sie im Impressum!

höchstens das immer schon Gewußte. Menschen bekommen zwar Lebensratschläge für bestimmte Situationen, werden aber im Horizont des eigenen Verstandes gelassen. Das Ganze war ausgelassen; wenn man so will: Gott.

Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Das gewöhnliche Leben der Menschen in unserer Gesellschaft ist nicht mehr selbstverständlich, und ich sage nichts gegen Predigten und Arbeiten der Kirche, die das gewöhnliche Leben und den Alltag unterstützen. Die Frage ist nur, ob es nicht ein durchgehender Zug in den Predigten, in den Morgenandachten, im Religionsunterricht etc. ist, den Namen Gottes auszulassen, den fremden, den widersprüchlichen, den rettenden. Wo bleiben die unbeweisbaren und unentbehrlichen Geschichten von der Auferstehung der Toten, vom Sturz der Tyrannen, von der List der Gnade, von der Heiligkeit der Armen, von der Vergebung der Sünden? Die Rettung ins sagbare Detail ist keine Lösung.

Das Evangelium ist fremd, weil die Behauptung, daß die Lahmen springen, die Stimmlosen sprechen und die Toten leben werden, nicht »von dieser Welt« ist. Dieses Fremde müssen wir retten. Ich ärgere mich über die Willkür und über den theologischen Narzißmus, in dem die alten Texte der christlich-jüdischen Tradition nicht mehr ernsthaft ins Gespräch gezogen werden, sondern nur noch beiläufiges und beliebiges Material zur Ausschmückung irgendwelcher Gängigkeiten sind.

Ich beklage die Willkür, in der wir uns immer schon als Oberlehrer dieser Tradition aufspielen; immer schon wissen, was sie falsch gemacht hat, was ihr fehlt und was sie eigentlich sagen sollte. Ich stehe nicht unter dem Diktat der Texte, aber die Texte auch nicht unter meinem Diktat. Ich bin nicht frei, mir die Ge-

schichten und die Bilder dieser Tradition so einzumanschen, daß sie eingehen wie Butter. Ich bin nicht frei, mir Gott zurechtzuschaben, bis er so ein kleines, nettes, gemütliches, flauschiges antiautoritäres Kerlchen ist wie ich selber.

Ich zitiere einige Sätze aus der nachdenklichen Selbstbeschreibung einer jungen Frau, die sich eine Zeitlang in der neuen religiösen Flauschszene herumgetrieben hat und nun ernüchtert schreibt (von sich selber in der dritten Person): »Spielerisch soll sie sich dem neuen Gott nähern, so erfährt sie andernorts. Der Gott, dem sie hier begegnet, ist einer, der sich <anfassen> läßt, der mit ihr auf dem graumelierten Teppichboden nach dem verlorenen Schaf sucht; der sich auf seinen Stuhl stellen und später von dort herunterholen läßt. Dieser handliche und spielerische Gott symbolisiert das Neue, doch satt wird sie davon nicht. Kann es sein, so fragt sie sich manchmal, daß Gott an diesen Orten, die Orte der Befreiung sein sollen, eingesperrter lebt als an den alten Orten, die sie verlassen hat?

Ich bin nicht frei, mir Gott zurechtzuschaben, bis er so ein kleines, nettes, gemütliches, flauschiges antiautoritäres Kerlchen ist wie ich selber.

Kann es sein, daß wir in unseren eigenen Kirchen mitarbeiten an der Aushöhlung und Banalisierung der lebensrettenden Träume? Wir sollen mehr sein als nur eine Stimme im großen Gelächter der Gegenwart. Wir sind verantwortlich für Vision und Gewissen. Es sind genug andere da, die die Leute unterhalten.

Wir danken Prof. Steffensky für die Genehmigung, den zuerst im Heft 3/93 der Zeitschrift »das baugerüst« (Redaktionsadresse: Postfach 45031, 90459 Nürnberg) erschienenen Beitrag, abzudrucken.

*»Und mein Volk wird an
der Stätte des Friedens
wohnen, in sichern
Wohnungen, an stillen
Ruheplätzen«.
(Jes. 32,18)*

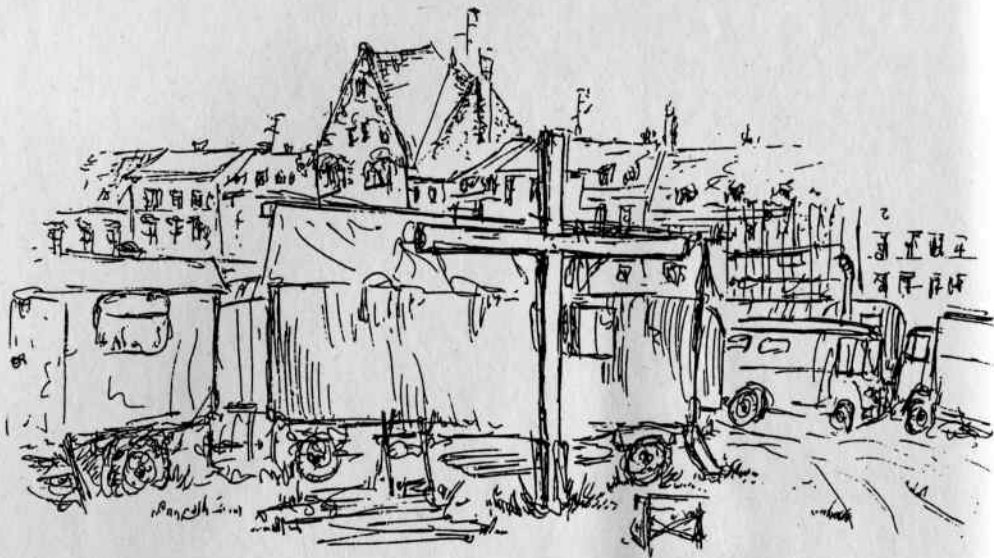
»Unsere Stadt soll schöner werden Wagenburgen stören nur«

Für CuS sprachen mit Christian Christa Peter und Oliver Vogelsmeier. Das Interview wurde am 20.11. geführt.

In Berlin steigt, wie in anderen Großstädten, die Zahl der Menschen, die ohne ein Dach über dem Kopf dastehen, MitarbeiterInnen von Obdachlosenprojekten schätzen sie in Berlin auf mindestens 30.000. Von den Politikern angesichts leerer Staatskassen und goldener Hauptstadtträume im Stich gelassen, haben viele Obdachlose zur Selbsthilfe gegriffen und aus ausgedienten Bau- und Wohnwagen auf unbebauten Flächen im Stadtgebiet sog. Wagenburgen errichtet. 12 davon gibt es in Berlin, eine hat unlängst von sich reden gemacht, die Wa-



genburg am Engelbecken in Berlin-Mitte. Auf dem Gelände soll für 2-3 Millionen DM ein Sportplatz entstehen – allerdings nur für 2 Jahre, dann sollen, laut behördlicher Planung, dort Häuser gebaut werden. Also wurde der Platz am 7. Oktober geräumt, mehrere Hundertschaften Polizei (die Berliner Zeitung spricht von 900 Polizisten) vertrieben die ca. 30 Wagenburger, riegelten den Platz ab und ließen nur noch Leute mit extra ausgestellten Passierscheinen auf den Platz. Sie zerstörten z.T. das Hab und Gut der Wagenburger und ließen die Wagen durch eine Abfallbeseitigungsfirma (!) nach Karow im Bezirk Pankow am nördlichen Ende der Stadt schleppen und auf der sprichwörtlichen grünen Wiese abstellen.



*Unser Kreuz ist zwar nicht so hoch wie Eure Fernsehantennen,
dafür aber kräftiger und erdverbundener.*

Dieses Bild malte Camillo, einer der Menschen, die in der Wagenburg am Engelbecken lebten

Doch es regte sich Widerstand, und Presse und Fernsehen wurden aufmerksam. Ein Kreis von Betroffenen und UnterstützerInnen, davon etliche aus den 4 umliegenden Kirchengemeinden (2 ev. und 2 kath. Gemeinden) begann eine Mahnwache und einen Hungerstreik (s. Flugblatt der 4 Gemeinden auf S. 15). Die Politiker wurden aufgefordert, endlich mit den Betroffenen zu reden und ihnen einen Ausweichstellplatz in der Innenstadt zur Verfügung zu stellen.

Von Anfang an dabei war Christian, der zwar selbst eine Wohnung hat, aber genau weiß: ich kann der Nächste sein, der vertrieben wird. Christian wohnt mit Ausländern und ehemals Obdachlosen in einer Kreuzberger Wohngemeinschaft und arbeitet als Lagerarbeiter. Er gehört zum Jesuiten-Orden. Wir haben ihn besucht, um von ihm mehr über die Aktion, ihre Hintergründe und Wirkungen zu erfahren. Christian zu seinem Ent-

schluß, sich mit den Obdachlosen nicht nur verbal zu solidarisieren, sondern seinen Urlaub so zu planen, daß er über einen Monat mit den Betroffenen zusammen leben konnte: »Ich wußte, daß die Räumung kommt und ich wußte, da bin ich jetzt gefragt, ich bin dran. Vorausschauend zu sehen, wann ich dran bin, ist eine Hilfe, sonst bleiben einem nur spontane Aktionen. Beim Räumen von Wohnungen geht es individuell zu, aber wir wollten uns gemeinschaftlich dagegen zur Wehr setzen.«

CuS: Erzähl doch einfach mal, was abgelaufen ist.

Christian: 32 Tage habe ich mit diesen Menschen gelebt. Die ersten 3 Tage auf dem Platz, dann wurden wir weggetragen. Dann 5 Tage (und Nächte) Mahnwache vor dem Roten Rathaus, da sollten wir auch gleich wieder geräumt werden, aber es war zu viel Bevölkerung da, die

zugelockt hat. Die Polizei hat auf verschiedene Weise versucht, uns müde zu machen: nachts haben sie uns alle halbe Stunde geweckt, sind mit Mannschaftswagen um die Matratzen herumgefahren, haben sich mit ihren Stiefeln ans Kopfende der Matratzen gestellt, so daß sie jederzeit hätten zutreten können. Eine Plane gegen den Regen wurde uns verboten. Die Abgase der Mannschaftswagen wurden direkt auf die Matratzen geblasen, bis die erste Frau kurz vor der Ohnmacht stand. So was passierte nachts, wenn keiner zugelockt hat. Obwohl die Mahnwache vor dem Roten Rathaus genehmigt war, wurden wir am 5. Tag angewiesen, unsere Sachen zu packen und zum Marx-Engels-Forum zu gehen. Ausdrücklich wurde angeordnet, wir sollten uns vor das Standbild von Marx und Engels stellen, was damit ausgesagt werden sollte, brauch' ich wohl nicht zu erklären. Diesem Druck mußten wir weichen, wir wären sonst verhaftet worden. In dieser ganzen Zeit hat sich nie ein Politiker sehen lassen, um mit uns zu reden, dafür kamen immer neue Schikanen. An einem Tag, z.B., haben wir – ganz umweltbewußt – ein Feuer in einer Tonne anmachen wollen. Sofort kamen 10 Polizisten und haben das Feuer mit einem Feuerlöscher ausgeblasen und damit natürlich alle Matratzen durch die Chemikalien versaut. Und gelacht haben sie natürlich. Immer im Wechsel wurden mal Polizisten geschickt, die schärfer waren, und dann wieder gutmütige.

Verschiedene Pfarrer haben sich bemüht, ein Zelt für uns zu organisieren. Der Malteser Hilfsdienst kam, um das Zelt aufzubauen, aber die Polizei hat es verboten. Das ist unüblich, sonst bekommt eine Mahnwache, gerade wenn Hungerstreikende dabei sind, einen Weterschutz. In der Begründung für die Ablehnung der Zelte heißt es: »Es ist unter-

sagt, auf öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen Versammlungen durchzuführen.« Wir haben uns dann mit Hilfe eines Unterstützers selbst ein paar Hütten in Schulterhöhe gebaut. Zuerst wurde es geduldet, aber dann hat die Polizei versucht, die Hütten kaputtzumachen. Es haben aber so viele bürgerliche Leute zugesehen, daß sie es aufgegeben haben. Am 15. Tag kam mittags, während gerade eine Suppenküche aus Pankow Essen ausgab, eine Hundertschaft Polizei mit 8 Leuten vom Grünflächenamt und haben die Hütten abgerissen. Der Platz war wieder voller Leute, aber diesmal waren es alles Obdachlose, und das sind keine potentiellen Wähler, auf die man Rücksicht nehmen müßte. Ich stand da mit dem Megaphon in der Hand und versuchte, der Polizei alles zu erklären. Da konnte man genau spüren, sie wußten, daß sie Unrecht tun, sie konnten uns nicht in die Augen schauen und jeder wollte am liebsten einen Kollegen vorschicken. Aber die Polizei kann nicht kollektiv entscheiden, ob sie einem Recht oder einem Unrecht dient. Sie ist für alles zu benutzen. Die Hütten wurden weggeschafft, nur die Matratzen blieben liegen. Dieses Erlebnis war so einschneidend, daß daraufhin am 16. Tag der Hungerstreik abgebrochen wurde. Die Mahnwache ging aber weiter, auch wenn im Polizeibericht und am nächsten Tag in den Zeitungen stand, beides sei abgebrochen worden.

Etwas Wichtiges habe ich noch ausgelassen: Gleich am ersten Räumungstag wurde der Polizei eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Berlin vorgelegt, um die wir uns bemüht hatten, um zu erreichen, daß die Räumung abgebrochen wird. Das Gericht hat dem entsprochen und die Räumung bis zum Haupttermin ausgesetzt. Die Polizei hat daraufhin beim SPD-Bezirksbürgermeister

von Berlin-Mitte, Gerhard Keil, nachgefragt, und der hat befohlen, die Räumung fortzusetzen. Er hat später gesagt, das Landgericht sei nicht zuständig gewesen, sondern das Verwaltungsgericht. Wir haben dann das Verwaltungsgericht angerufen, um unsere Chancen nicht zu verspielen. Das Verwaltungsgericht hat vor Ablauf der Räumung gar keinen Spruch erlassen, so daß dann in den Zeitungen stand, die Räumung sei nachträglich vom Gericht gutgeheißen worden.

CuS: Welche Gründe waren deiner Meinung nach für die Räumung der Wagenburg ausschlaggebend?

Christian: Man muß sich fragen, welcher Lebenswert wird in unserer Gesellschaft nach vorn gedrückt und welcher andere muß verschwinden. Die Buntheit der Stadt wird kaputtgemacht, zum Schluß bleiben nur noch Banken und Geschäftshäuser. Die Politiker wollten den Beweis bringen, daß man in Berlin investieren kann, ohne sich um soziale Probleme kümmern zu müssen. Offiziell wird, wie schon in der Nazi-Zeit, mit ästhetischen Gründen argumentiert. In einem Schreiben vom Bauaufsichtsamt Berlin-Mitte an die Bewohner der Wagenburg heißt es: »Dies (das Erscheinungsbild der Wagenburg) widerspricht den modernen Vorstellungen von einem geordneten Zusammenleben in einer Großstadt, zumal in der Innenstadt, insbesondere auch dem ästhetischen Empfinden der übrigen Bevölkerung in der Nachbarschaft, die sich schon mehrfach mit Beschwerden an das Bezirksamt gewandt hat. Für die überwiegende Mehrheit der Berliner Bevölkerung ist die dauerhafte Existenz von Wagenburgen in der Innenstadt unerträglich«. Mehrere Wochen nach der Räumung gab es eine Veranstaltung mit dem Bezirksbürgermeister, bei der etwa 70 Leute anwesend waren, darunter viele Nachbarn, die eine

Geschichte mit der Wagenburg hatten. Von diesen 70 haben nur 4 erklärt, sie seien mit der Räumung einverstanden.

CuS: Wie war sonst die Reaktion der Bevölkerung auf eure Mahnwache und auf den Hungerstreik?

Christian: Wir hatten sehr viel Unterstützung. Gerade kleinbürgerliche Leute aus dem Osten haben uns unterstützt. Denen brauchten wir nichts zu erklären, die haben gleich gesagt: »Wir sind die Nächsten«. Vor dem Roten Rathaus, wo sich viele Leute informiert haben und Geld gespendet haben, gab es am Tag vielleicht 3 von 1000, die Mißfallen geäußert haben. Die Ostler wissen, die »Entsorgung« der Wagenburg geht in den Osten, wie alle Entsorgung, ob das nun Müll ist oder Menschen, die man nicht haben will. Die Bevölkerung kam mit allem Möglichen: mit Geldspenden, mit Essen, heißen Getränken und Decken. Bauarbeiter kauften morgens ein paar Schrippen mehr und brachten sie rüber. 3 Frauen aus Charlottenburg kamen später jeden Tag zweimal und brachten Lebensmittel. Ohne eine solche Unterstützung kann so etwas gar nicht laufen. Der Polizeipräsident von Berlin begründet ganz offiziell das Verbot der Mahnwache vor dem Roten Rathaus damit, daß »auch in den nächsten Tagen mit ähnlichem Zulauf von Unterstützern und Sympathisanten ... zu rechnen ist«, daher »kann ein solches Verhalten im Interesse der Mitarbeiter in den Amtsräumen und den Besuchern des Rathauses nicht hingenommen werden«. (Schreiben vom 3.10.93)

Durch den Anlaß der Mahnwache sind wir immer wieder Menschen begegnet, die ihr Gesicht zeigen konnten. Jeden Tag haben wir einen oder eine von ihnen besonders hervorgehoben. Einmal war es z.B. der Kломann, der selber arm ist, aber von uns kein Geld für die Toilet-

Pferdehändler ins Rathaus! – Warum? Weil ein Wort und ein Handschlag bei denen gilt.

900 Polizeibeamte, um 34 Rest-WagenburglerInnen zu räumen. 2000 weitere in Bereitschaft. 2,5 Millionen DM Steuergelder auf die Hand des Bürgermeisters für seine Unterschrift zur Räumung und zum Bau eines provisorischen Sportplatzes für ganze zweieinhalb Jahre ... So baut sich Reichtum im Verfall seine Potemkinschen Dörfer.

Ohne ein Wort und ohne Handschlag wurde das Wagendorf am Engelbecken geräumt. Ohne ein Wort und ohne Handschlag wurde die Mahnwache auf dem Marx-Engels-Forum bisher geduldet. Ohne ein Wort und ohne Handschlag wird sie heute durch Polizeigewalt beendet.

Welche Begründung werden die Verantwortlichen diesmal durch die Presse verbreiten? Mit den Betroffenen sprechen sie ja nicht. Eine wohlgeordnete und langweilige Stadtländschaft breitet sich mehr und mehr aus. Welche Menschen werden darin noch wohnen können, dürfen? Wen werden Politiker und Verwaltung noch für nützlich genug halten?

Wir halten die Mahnwache der vertriebenen WagenburglerInnen für berechtigt und notwendig. Wir haben uns zeitweise selbst an der Mahnwache beteiligt, z.T. auf dem Marx-Engels-Forum mitgewacht und übernachtet.

Wir fordern, daß die Armen nicht aus der Stadt, »zumal der Innenstadt« (Senatston), endgültig vertrieben werden. Wir fordern die Politiker auf, solidarisch mit den Armen in der Stadt zu leben. Wir fordern vor der Fortsetzung weiterer Räumungsaktionen den Beginn einer öffentlichen Berliner Armutskonferenz mit Betroffenen und Engagierten. Wir fordern Durchsichtigkeit beim Zustandekommen aller politischen Entscheidungen, die Arme in der Stadt betreffen. Wir fordern Durchsichtigkeit bei den Aktionen von Verwaltung und Polizei für jede Bürgerin und jeden Bürger, damit Interessierte rechtzeitig sich dafür einsetzen können, daß den Armen die ihnen verwehrten Rechtsmittel zugänglich gemacht werden.

Seit 14 Tagen liegt eine gemeinsame Anfrage der evangelischen und der katholischen Kirche Berlins durch Diakonisches Werk und Caritas beim Innensenator Heckelmann und bei der Sozialsenatorin Stahmer vor mit der dringenden Bitte um Gespräche. Diese Anfrage wird von den Politikern und von der Presse verschwiegen.

Undurchsichtige Maßnahmen erzeugen Mißtrauen und Angst. Liegt da nicht die Wurzel der Gewalt?

Das Zusammenleben mit Andersdenkenden und mit Anderslebenden ist keine Geschmacksfrage (»das ästhetische Empfinden der übrigen Bevölkerung...« – Senatston –), sondern eine Friedensfrage in unserer Stadt. Das Zusammenleben mit Menschen, die unter dem Druck der Verelendung existieren müssen, ist keine Frage von »modernen Vorstellungen über ein geordnetes Zusammenleben in einer Großstadt« (Senatston), sondern eine Überlebensfrage für die Betroffenen.

Uns hat die Mahnwache in Bewegung gebracht – und eine Reihe Bürger, die uns unterstützt und Mut gemacht haben. Wir stehen weiter auf der Seite der Armen und nehmen Anstoß an Entscheidungen, die rücksichtslos gegen die Lebensinteressen von Minderheiten durchgesetzt werden. Berlin, den 07.11.1993

Christian Müller, Pfarrer. Evangelische Kirchengemeinde St.Thomas; Michael Przewozny, Pfarrgemeinderatsvorsitzender der: Katholische Kirchengemeinde St.Marien/Liebfrauen; Mechthild Boisseree, Pfarrgemeinderatsvorsitzende: Katholische Kirchengemeinde St.Michael; Matthias Fenski, Kaplan: Katholische Kirchengemeinden St.Marien/Liebfrauen und St.Michael; Angelica Kirchmeier, Gemeindegliederin: Evangelische Kirchengemeinde St.Thomas; Peter Storck, Pfarrer: Evangelische Kirchengemeinde St.Jacobi/Luisenstadt; Georg Schlütter, Pfarrer: Katholische Kirchengemeinden St.Marien/Liebfrauen und St.Michael; Reinhard Herbolte, Gemeindefereferent: Katholische Kirchengemeinde St.Michael; Dr. Joachim Ritzkowski, Pfarrer: Evangelische Kirchengemeinde Heilig-Kreuz, AG der Berliner Kirchengemeinden »Leben mit Obdachlosen«; Klaus Duntze, Pfarrer: Evangelische Kirchengemeinde St.Thomas; Pallotinsche Gemeinschaft in St.Christophorus; Dr. Klaus Timpe, Pfarrer: St.Johannes-Basilika; Schwester Katharina, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Suppenküche Pankow; Dr. Richard Schmidt, Pfarrer: Katholischer Seelsorger am Urbrankrankenhaus; Hans-Joachim Ditz, Pastoralreferent Dekanat Kreuzberg

tenbenutzung haben wollte, und uns stattdessen, immer wenn wir kamen, einen Kaffee angeboten hat. Natürlich gab es auch Provokateure, Leute, die uns beschimpft haben. Aber am schlimmsten waren für mich die, die selbst schon resigniert hatten, und die uns immer wieder sagten: »Ihr werdet nichts ändern!«

CuS: Wie hat eigentlich die sog. linke Szene auf die Wagenburg reagiert? Viele Autonome leben ja selbst in besetzten Häusern, haben die euch unterstützt?

Christian: Es gab eine Diskussion um die Form des Hungerstreiks. Ein Vorwurf an uns lautete: Was ihr macht, ist selbstzerstörerisch, außerdem wird diese Aktionsform abgewertet, wenn sie vor schnell angewandt wird. Hungerstreik ist ja eine schwache Form, eigentlich eine Aktion, die Gefangene anwenden und nur als letztes Mittel. Die Autonomen tun sich schwer, wenn die Obdachlosen selbst keine Strukturen aufbauen, z.B. Plenen oder Kampagnen, aber da diese Strukturen fehlten und das Vorgehen und die Aussagen spontan waren, kamen die Autonomen damit nicht klar. Es gab auch echte Polemik, z.B. die Aufforderung, die Mahnwache nicht zu besuchen, denn dort würden die Christen alles beherrschen. Die linke Szene hat uns also, von wenigen Menschen abgesehen, nicht unterstützt, man muß natürlich dazu sagen, daß die im Moment sowieso geschwächt ist.

CuS: Die zwei evangelischen und die zwei katholischen Gemeinden vor Ort haben euch nach Kräften unterstützt.

Christian: Die Gemeinden haben sich sehr solidarisch verhalten und einen eigenen Lernprozeß durchgemacht. Manchmal war die Gefahr da, daß sie sich »sozialarbeiterisch« verhalten haben, also anstelle der Betroffenen gesprochen haben. Das haben wir dann thematisiert und es konnte korrigiert werden.

Es wurde ja von Seiten der Politiker versucht, die Kirche zur Befriedung einzusetzen, das hat aber nicht geklappt, weil hier Menschen von ihrem Glauben her selbst eine Meinung haben. Schon im Vorfeld haben Leute von der Caritas mit den Wagenburglern solidarische Pressekonferenzen durchgeführt. Der Pfarrgemeinderat der katholischen St.Michaels-Gemeinde hat am 21.10. unter der Überschrift: »Die Armen brauchen die Stadt – die Stadt braucht die Armen« zu einer Fastenkette aufgerufen. Kardinal Sterzinsky hat uns am 9.10. einen Besuch gestattet, um seine Solidarität auszusprechen. Er hat gesagt, er fühle sich an das Vorgehen der Volkspolizei beim Mauerbau erinnert.

Es gab einen Aufruf von der Michaels-Gemeinde und den Bewohnern der Wagenburg an Kardinal Sterzinsky und an die Präsidentin des Abgeordnetenhauses, Frau Dr. Laurien, mit folgendem Wortlaut: »Wir fordern Sie auf, die Armen Berlins zu unterstützen und sich beim Senat für den Verbleib der Wagenburg...oder für einen anderen Standort in der Mitte Berlins einzusetzen.« Frau Laurien hat sich geweigert, diesen Aufruf entgegenzunehmen, wofür sie in der »Katholischen Kirchenzeitschrift« scharf kritisiert wurde.

Zu dem Vorwurf, die Christen hätten alles beherrscht, will ich noch sagen, daß wir uns z.B. bei der Mahnwache bemüht haben, christliche Symbole nicht nach vorn zu stellen, um auch auszudrücken, daß die Aktion von Christen und Nichtchristen gemeinsam getragen wird. Wir wollten aussagen, daß es ja schließlich um gesellschaftliche, nicht um kirchliche Fragen geht, in denen sich Menschen, die auch Christen sind, engagieren.

CuS: Was wurde denn eigentlich aus den Wagenburglern, nachdem der Platz geräumt worden war?

Christian: Nach der Räumung haben die Leute auf dem Platz vor der Kirche einfach auf uns gewartet, auch die nächsten 14 Tage haben sie gewartet. Sie sind immer wieder zur Mahnwache gekommen und haben gesagt: »So lange es euch gibt, sind wir noch irgendwie zusammen.« Mit der Zeit haben sie fast alle Unterschlupf auf der Wagenburg an der East-Side gefunden. (Die East Side Gallery ist ein ca. 1 km langer Mauerrest, der nach der Maueröffnung von Künstlern bemalt wurde). Sie sind also nicht ihren Wagen nach Karow gefolgt. Was sollen sie da auch? Diese Menschen gehören in den Kiez, wo sollen sie denn sonst mal was schnorren, wo können sie sonst von der Nachbarbevölkerung akzeptiert sein? In der Sprache der Wagenburgler hieß das: »Wir wollen uns nicht in ein Lager deportieren lassen!« Das klingt natürlich sehr hart, aber es wird verständlich, wenn man weiß, daß der Platz in Karow eingezäunt wurde und nachts mit Scheinwerfern ausgeleuchtet wird. Am Anfang hat die Polizei den Platz bewacht, um zu verhindern, daß Wagen wieder heruntergezogen werden.

CuS: Was ist denn eigentlich mit den anderen Wagenburgen in Berlin?

Christian: Ich hatte die Hoffnung, daß die anderen Wagenburgen, die ja ebenfalls von Räumung bedroht sind – bei zweien ist die Räumung schon angekündigt – die Mahnwache übernehmen würden, um die Bevölkerung über ihre Situation zu informieren. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Es gibt allerdings auch große Unterschiede zwischen den Wagenburgen, in einigen leben fast nur

Leute, die aus der Obdachlosigkeit hineingezogen sind, bei anderen ist es die Entscheidung, in der Gemeinschaft, in der family, wie sie sagen, leben zu wollen. Oft ist es auch eine Schrebergartenmentalität, ein ganz unpolitisches Verständnis.

CuS: Der Hungerstreik wurde also nach 16 Tagen abgebrochen, aber du bist trotzdem bei den Leuten geblieben.

Christian: Ja, ich habe die nächsten 16 Tage mit Menschen verbracht, die auch obdachlos waren, aber den Begriff Wagenburg oft gar nicht mehr kannten. Ihnen war aber klar, daß es bei der Mahnwache auch um ihr Anliegen ging. Die Obdachlosen haben gesagt: »Das ist hier für uns das Paradies, so geschützt (durch die Nachtwache sind wir sonst nicht. Gelegentliches Essen gibt es sonst auch nicht und Ausschlafen



ist ein Fremdwort«. Wir haben die Mahnwache fortgesetzt und nach einer gewissen Zeit kamen dann einige der ehemals Hungerstreikenden zurück. Sie waren von einer Suppenküche in Pankow eingeladen worden, sich zu erholen und haben dies Angebot angenommen. Verschiedene Schichten der Bevölkerung sind gekommen, Studenten z.B., es war ein Ort, wo menschliche Gemeinschaft entstehen konnte. Es war gut, noch zu bleiben.

Am 7. November wurde dann auch die Mahnwache am Marx-Engels-Forum geräumt. Das war ein Sonntag und sie haben gewartet, bis die Pfarrer, die anwesend waren, zum Gottesdienst weg mußten. Wir haben das Feuer in der Tonne auf einer Schubkarre mitgenommen, sind durch die Stadt gezogen und haben die Mahnwache auf Privatgrund, nämlich auf dem Gelände des Theaters am Rosa-Luxemburg-Platz wieder eröffnet. Auf öffentlichem Grund gab es keine Chance mehr und auf kirchliche Räume wollten wir nicht zurückgreifen, schließlich geht es hier um ein gesellschaftliches Problem.

CuS: Was sagst du denn rückblickend zu dieser Zeit?

Christian: Es war jeder Tag positiv und das war nicht selbstverständlich, denn wir konnten ja nichts planen. Ghandi hat einmal gesagt, Hungerstreik ist eine Form, um deine Freunde zu überzeugen, nicht deine Feinde. Es ist eine schwache Form, die du nur wählen darfst, wenn du deine Schwachheit an-

nehmen kannst, anstatt sie zu verbergen, sonst kannst du es nicht durchhalten. Die Hungerstreik-Kultur weitet sich aus, weil andere Formen immer mehr ausgehebelt werden. Bei der Mahnwache haben sich die Leute sehr um Disziplin bemüht, sie haben den Platz sauber gehalten, sie sind weggegangen, wenn sie Alkohol getrunken haben, sie wollten wirklich keinen Grund geben für eine Räumung. Und trotzdem wurde die Mahnwache nicht geduldet. Stattdessen gab es immer wieder Versuche, die Leute zu kriminalisieren. Nur ein Beispiel: ein Mann bekam eine Anzeige, weil er mit Filzstift einen Pfeil auf einen Laternenpfahl gemalt hat.

Wenn wir während dieser Zeit im Evangelium gelesen haben, z.B. die Propheten, mußten wir uns nie mit der Frage quälen: Wie ist denn das zu verstehen? Die Texte haben sich vielmehr durch die Situation selbst ausgelegt, wir haben jeden Tag die Erfahrung gemacht: Ja, das ist heute passiert.

Ulrich Peter

Sparen bei den Reichen?

Einer der ersten Sätze, den ein Schüler einer Wirtschaftsschule lernt, ist dieser: wenn ein Haushalt nicht ausgeglichen ist, gibt es 2 Reaktionsmöglichkeiten: Entweder werden die Ausgaben reduziert oder die Einnahmen erhöht. Dies geschieht dann in der Regel durch Steuererhöhungen. Eine andere Methode ist das Eintreiben von Steuerrückständen. Die konservative »Deutsche Steuer-gewerkschaft (DSTG)« und die CDU-ausgerichtete »Welt am Sonntag

(WamS)« machten darauf aufmerksam, wie wenig dies geschieht.

Allein 1992 verlor der Staat nach Angaben der »WamS« v. 16.5.1993 130 Milliarden an nicht gezahlten Steuern. Die Gesamtsteuereinnahme für 1993 wird auf 758,5 Milliarden DM geschätzt, wobei die von den ArbeitnehmerInnen zu entrichtende Lohnsteuer 264,5 Milliarden beträgt, die Umsatzsteuer der Unternehmen 216,6 Milliarden und die Einkommenssteuer der sog. Besserverdienenden

30,5 Milliarden (Angabe nach Frankfurter Rundschau v. 16.7.1993). Wir stellen also fest: Konservative, der Kapitalismuskritik unverdächtige Stimmen, stellen fest, daß jährlich Steuern in Höhe von 50% der gesamten Lohnsteuern nicht entrichtet werden. Eine Summe, mit der alle Sozialkürzungen sofort zu kompensieren wären.

Jetzt fragt sich der irritierte Leser, wie dies möglich ist. Der DSTG-Bundesgeschäftsführer Courth nannte in dem genannten WamS-Artikel folgende Gründe, warum Betriebe kaum noch überprüft werden: »Vor allem mittelständische Unternehmen werden seltener überprüft, weil Personal für die Großunternehmen abgezogen wird. Mittelständische Unter-

Erklärung des Vorstands des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt in der Ev. Kirche Deutschlands (KDA) zu den geplanten Sparmaßnahmen der Bundesregierung

Mit Entwürfen für ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz und für ein Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm versucht die Bundesregierung, den Bundeshaushalt zu entlasten. Damit soll

- das Arbeitslosengeld stufenweise abgesenkt werden,
- die Arbeitslosenhilfe gekürzt und zeitlich begrenzt werden,
- das Unterhaltsgeld bei Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen von einer zu einer Kann-Leistung umgewandelt werden.

Die geplanten Einsparungen treffen vor allem Menschen ohne Arbeit und ihre Familien. Sie grenzen sie aus der Gesellschaft aus und führen zu einem weiteren Anwachsen von Armut. Wenn nach der Verabschiedung der Gesetze annähernd 100.000 Menschen mehr unter die Bedingungen von Sozialhilfe fallen, bedeutet dies eine Teilsanierung des Bundeshaushalts zu Lasten der ebenfalls hochverschuldeten Kommunen. Das Bundessozialhilfegesetz, einst als Überbrückung kurzfristiger Notlagen gedacht, wurde mittlerweile für viele Personengruppen zur einzigen, wenn auch keineswegs ausreichenden Existenzsicherung. Die Kinder der betroffenen Familien werden dadurch für ihr ganzes Leben negativ geprägt. Jugendliche werden in Arbeitslosigkeit fixiert und wesentlicher Lebensperspektiven beraubt.

Diese Verschärfung der sozialen Gegensätze in unserer Gesellschaft kann – wie die Ereignisse von Rostock, Hoyerswerda und Solingen zeigen – zu einem massenhaften Anwachsen von Rechtsextremismus, Haß und nicht mehr kalkulierbarem politischen Verhalten führen. Damit würde unser Land in eine politische Stabilitätskrise getrieben, die die wirtschaftliche Krise weiter vertieft.

Die Folgen dieser Gesetzesinitiativen für die unmittelbar betroffenen Menschen wie für die ganze Gesellschaft sind aus der Sicht sozialetischer Verantwortung nicht mehr zu tolerieren.

Sozialer Friede (wird) sich nur erhalten lassen, wenn anhaltende Arbeitslosigkeit, ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen und Verarmung einzelner Bevölkerungsgruppen vermieden werden.“ (Wirtschaftsdenkschrift der EKD 1991, Ziff. 69) Der KDA fordert deshalb die politisch Verantwortlichen auf, die Gesetzesvorhaben zu überprüfen und in dieser Form zu verhindern.

Boll, 19. Oktober 1993

nehmen werden laut Courth statistisch nur noch alle 9,5 Jahre durchleuchtet, vorgesehen ist eigentlich ein Turnus von drei bis vier Jahren. Kleinbetriebe kommen nur noch alle 19,3, Kleinstbetriebe alle 50 Jahre an die Reihe. Courth: <Da die Inhaber das wissen, können zum Beispiel Gastwirte und Handwerker ihre Steuern selbst bestimmen. Das Geld, das auf der Straße liegt, kann von den Finanzämtern nicht aufgesammelt werden>«.

Während die Empfängerinnen und Empfänger von Lohn und Gehalt ihre Steuer direkt abgezogen bekommen, kann also ein großer Teil der übrigen Menschen die Steuerhöhe selbst festsetzen. Im Ergebnis verwies die DSTG darauf, daß rund 12% des Bruttosozialprodukts nicht versteuert werden (Berliner Ztg. v. 16.3.93). Wer dies mit Verweis auf den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes für verfassungswidrig hält, liegt richtig, hat aber die Weisheit der Bundesregierung nicht begriffen.

Nehmen wir als ein Beispiel Berlin: Hier gibt es mit dem Stichtag 31.12. 1992 offizielle Steuerrückstände von über 2 Milliarden Mark, »das sind gut 8,9 Prozent des gesamten Steueraufkommens der Stadt von gut 20 Milliarden Mark, erklärte der Präsident der Oberfinanzdirektion Ingo Trendelenburg« (Tagesspiegel v. 30.7.93). Ein Mitarbeiter der Finanzverwaltung in der Betriebsprüfung kostet pro Jahr etwa 70.000 DM, bringt aber »im Schnitt eine Million Mark Steuern mehr« ein (Berliner Ztg. v.16.3.93). Also schnell 1500 zusätzliche MitarbeiterInnen eingestellt, und das Geld ist im Kasten? Zum einen brauchen MitarbeiterInnen für diese Prüfungen eine lange Ausbildungszeit und zum anderen wandern gerade qualifizierte BeamtenInnen aus der Finanzverwaltung »zu Steuerberatungsbüros« ab, wie der Berliner Tagesspiegel am 30.7.93 meldete.

Wer das komplizierte deutsche Steuerrecht souverän zu handhaben weiß, ist gerade für die Wirtschaft unverzichtbar. Wer beim Staat für 70.000 Mark jährlich eine Million erwirtschaftet, darf dann bei der Wirtschaft für ein wesentlich höheres Gehalt dafür sorgen, daß diese Million bei der Wirtschaft bleibt. Und dies sind keine Einzelfälle. So berichtete etwa das »Steuerjournal – Zeitung der ÖTV-Abteilung Landesfinanzverwaltung« Berlin in seiner Ausgabe vom September 1993, daß »in den letzten Jahren etwa 11000 Finanzbeamte und -beamtinnen in die Privatwirtschaft gewechselt <seien>; im Jahr 1992 allein rd. 2500.« Man stelle sich vor- da wandert allein in einem Jahr das Personal von 12 Finanzämtern in die Privatwirtschaft ab (FOCUS Nr.25/1993, Seite 123).

Durch diesen Exodus wird die Lage des übrigen Personals ständig schlechter. Bereits im Frühjahr 1993 trat der Gesamtpersonalratsvorsitzende der Berliner Finanzverwaltung, Klaus Wilzer, mit der Warnung an die Öffentlichkeit, <die Berliner Finanzämter können wegen der schlechten Personalausstattung die Steuern nicht mehr ordnungsgemäß festsetzen und erheben« (Berliner Morgenpost v. 8./9.April 1993). Anstatt mehr Personal einzustellen, hat der Berliner CDU/SPD-Senat sogar noch die Streichung von 89,5 Stellen und die Kürzung der Sachmittel um 1,4 Millionen beschlossen (»GPR-Info« des Gesamtpersonalrats für alle Finanzämter v. Juli 1993).

Was für Berlin gilt, trifft im benachbarten Bundesland Brandenburg noch stärker zu. Hier spricht sogar die sozialistischer Ideen völlig unverdächtige FDP-Landtagsfraktion von einer »Steuer-oase« (Berliner Zeitung vom 6. April 93). Es fehlen 600 Stellen im Bereich der Finanzämter, davon 300 BetriebsprüferInnen. Jeder der 86 Umsatz-

steuerprüfer habe 1992 im Schnitt 1,7 Millionen erwirtschaftet (in der Alt-BRD waren dies 1,2 Millionen). Dabei steht Brandenburg mit dem Steueraufkommen auf Platz eins aller Ost-Bundesländer. Wieviele »Sozialbetrüger« mögen dort weiterhin ungestört ihrem Treiben nachgehen, wenn beispielsweise im Land Sachsen-Anhalt »bislang keine einzige Betriebsprüfung stattgefunden« hat, wie

die Süddeutsche Zeitung am 23. September 93 berichtete?

Wie sagt doch die Bibel in Mt. 13,12? Wer hat, dem wird gegeben? Wir jedenfalls sollten die tatsächlichen »Sozialbetrüger« beim Namen nennen und auch benennen, daß es die herrschende Politik ist, die für diese beschämenden Verhältnisse verantwortlich ist.

Märchen von dem Land, in dem ohne Asylsuchende alles besser wurde

Es war einmal ein Land, das lag zwischen Elbe und Mut, zwischen Rhein und Raus, und man nannte es Deutschland. Die Menschen dort hatten große Angst, denn König Helmut hatte den Staatsnotstand ausgerufen, weil - ungeheuer - viele Asylanten Einlaß begehrten; so viele, daß je 160 Deutsche von einem Asylanten umzingelt wurden. Außerdem konnten die Asylanten zaubern, denn sie waren gleichzeitig so faul, daß sie den Deutschen auf der Tasche lagen, und so fleißig, daß sie den Deutschen die Arbeitsplätze wegnahmen.

So sahen die braven Bürger - ungeheuer - schwarz und rot und gelb und grün. Da beschloß der tapfere König Helmut, zusammen mit dem tapferen Junker Björn, das Ungeheuer zu vertreiben. Und sie schlugen mit Schnellverfahren und Sozialhilfekürzungen um sich, bis das Grundgesetz sehr schwer verletzt war und auch der letzte Asylant nach Hause ging.

Das war der glückliche Tag, an dem sich plötzlich alle Sorgen auflösten in Wohlgefallen. Die Häuflein in den deutschen Vorgärten stammten fortan nur noch von den deutschen Schäferhunden. Beim Einkauf waren die Menschen sehr froh, alldieweil sie dort all die leckeren Büchsen und Dosen wieder ganz für sich alleine hatten. Die Wohnungsnot war zu Ende, denn glückliche deutsche Familien zogen in die Asylanbaracken. Sie machten dort alles sehr gemütlich und gründeten den Wettbewerb »Unser Containerdorf soll schöner werden«. Die Krankenkassen sparten so viel Geld, daß der Durchschnittsbeitrag statt 153 Mark 80 nur noch 152 Mark 50 kostete.

Der Schatzkanzler Theo war plötzlich so reich, daß er versprach, die Mehrwertsteuer zu senken - und zwar von 15 auf 17 Prozent. Den bösen Skinheads aber wuchsen all die Haare nach, die ihnen die Asylanten vorher vom Kopf gefressen hatten. Sie wurden zu friedlichen Blumenkindern, und aus ihren Baseballschlägern sprossen grüne Zweiglein. Fortan entsagten sie der Gewalt und halfen statt dessen alten Omas und Behinderten höflich um die Ecken.

Was aber, liebe Leute, geschah mit den Asylanten? Die waren glücklich und zufrieden zurückgekehrt in die Elendsviertel, Gefängnisse und Folterkammern ihrer Heimat. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute.

Südafrika-Komitee Köln (entnommen aus: Eulenspiegel Nr.43, 1993)

Bosnien – drei Monate am Rande des Krieges

Im Mai dieses Jahres begann ich für die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland meine Tätigkeit als Verbindungsfrau für Frauengruppen im ehemaligen Jugoslawien mit einem Seminar in Österreich, an dem zahlreiche Frauen aus Zagreber Frauengruppen teilnahmen. Dies erwies sich als guter Einstieg, denn ich konnte mich zunächst in neutraler Umgebung langsam dem Thema Krieg und Vergewaltigung annähern, Frauen kennenlernen, die durch den Krieg betroffen sind oder deren Arbeit und Leben inzwischen von den Folgen dieses Krieges und der Unterstützungsarbeit für Flüchtlings- und Vertriebenenfrauen bestimmt sind.

Obwohl Zagreb nur wenige Tage unmittelbar unter dem Krieg gelitten hat, ist der Krieg doch immer präsent und bestimmt zusammen mit der sich kontinuierlich verschlechternden ökonomischen Situation das Leben und den täglichen Überlebenskampf. Es war daher gut, daß ich bei meiner Ankunft in Zagreb schon einige Frauen kannte, persönliche Bezüge in der Stadt hatte. Die Kolleginnen im Büro der Deutschen Humanitären Hilfe (DHH) halfen mir bei der Wohnungssuche, so daß ich schon nach einer Woche das ungastliche Hotel verlassen und in eine Wohnung umziehen konnte.

Unterstützung von Frauengruppen

Meine Hauptaufgaben in Zagreb bestehen darin, Frauenorganisationen aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina in ihrer Arbeit mit traumatisierten Flücht-

lings- und Vertriebenenfrauen durch Beratung, Fortbildung und Strukturierungshilfen zu unterstützen, Verbindungsglied zur EFD, zum Mona-Lisa-Fond und anderen deutschen Frauengruppen und -organisationen zu sein, die Vernetzung der Gruppen untereinander und mit ausländischen Frauenorganisationen zu fördern, die Gruppen bei der Antragstellung und Abwicklung der Spendengelder zu beraten und neue Frauenprojekte zur Unterstützung traumatisierter Frauen zu initiieren.

Das Büro der Deutschen Humanitären Hilfe ist grundsätzlich eine gute Ausgangsposition für diese Arbeit, da dort viele Informationen zusammenfließen und eine ausreichende Infrastruktur mit Fax und Telefon, Kopierer und Büroräumen vorhanden ist. Außer mir arbeiten in diesem Büro auch andere Nichtregierungsorganisationen und die Verantwortlichen der humanitären Hilfe des Auswärtigen Amtes. Die deutschen Kollegen im Büro sind alle Männer; die kroatischen Kolleginnen sind alle Frauen, BosnierInnen arbeiten aufgrund des Arbeitsverbotes für Flüchtlinge leider nicht dort.

Die Einbindung in die DHH-Struktur und die Anstellung bei einem kirchlichen Träger bedeuten, daß einige der autonomen Frauengruppen mir zunächst mit Mißtrauen begegnen. Die deutschen Kollegen haben gegenüber sozialen Projekten im allgemeinen und Frauenprojekten im besonderen eine indifferente bis ablehnende Haltung. Bei gemeinsamen Bürobesprechungen berichten die Kolle-

gen über Tonnen von Nahrungsmitteln, Medikamenten, Decken und anderen Waren, die sie organisiert und transportiert haben, um damit die Voraussetzungen fürs Überleben zu schaffen.

Die Unterstützung von Frauengruppen mit DM 10.000,— für Fortbildungen im Rahmen ihrer Betreuungsarbeit mit traumatisierten Frauen, als ein Beispiel für die Arbeit der EFD, hat für sie im Vergleich mit ihren Tonnen von Hilfslieferungen eher sekundären Charakter. Die geringe Wertschätzung sozialer Arbeit vergrößert sich noch in dieser Krisensituation, und auch ich bleibe davon nicht unberührt.

Arbeiten in Zagreb

Bedauerlicherweise gibt es in Zagreb immer noch nur wenig Koordination zwischen den Frauengruppen und keine Orientierungshilfen, wohin Frauen mit ihren jeweiligen spezifischen Problemen verwiesen werden können. Es kommt daher zu vielen Arbeitsverdoppelungen und gleichzeitig fallen Gruppen und Flüchtlinge, die sich nicht lautstark bemerkbar machen oder die noch nicht organisiert sind, durch die unterschiedlichen Versorgungsnetze.

Die Ansiedlung des Büros in Zagreb bringt die Gefahr mit sich, daß der größte Teil der Hilfsgelder in Zagreb verbleibt. Obwohl viele Gruppen gute Unterstützungsarbeit leisten und dafür beträchtliche Zuschüsse erhalten, ist die Not, vor allem unter den muslimischen Flüchtlingsfrauen, immer noch groß. Neben den materiellen Entbehrungen, dem Verlust von Familienangehörigen oder der Unsicherheit, ob diese noch am Leben sind und den eigenen traumatisierenden Erfahrungen der Vergewaltigung, der Folter und der Vertreibung, leiden die BosnierInnen zusätzlich unter ihrem rechtlosen Status und den zunehmenden

Übergriffen gegen die muslimische Bevölkerung durch die KroatInnen. Die Aufteilung Jugoslawiens in Nationalstaaten entlang ethnischer Grenzen bedeutet für viele Menschen, daß sie in ihrem bisherigen Heimatland zu Fremden gemacht oder als Minderheit ausgegrenzt werden.

Um der Konzentration der Hilfe auf Zagreb entgegenzuwirken, versuche ich daher durch Besuche bei anderen Gruppen in Kroatien und Bosnien, persönliche Beziehungen zu den dortigen Projekten von und für Flüchtlingsfrauen aufzubauen. Ich war daher bereits mehrere Male in Split und Dubrovnik an der dalmatinischen Küste, in Pakrac in der UN-Sicherheitszone West, in Ivanic Grad (ca. 60 km von Zagreb), wo Frauengruppen aus Deutschland ein größeres Projekt mit bosnischen Flüchtlingsfrauen planen. In Bosnien-Herzegowina habe ich Gruppen in Sarajevo und in Zenica besucht.

Die notwendige Unterstützung für die Projekte in Bosnien bedeutet einen erheblichen zusätzlichen inneren und äußeren Kraftaufwand. Der innere Kraftaufwand besteht darin, sich von der konkreten Arbeit loszulösen, mit der eigenen Angst umzugehen und mit der Unsicherheit zu leben, ob ich überhaupt ankomme oder irgendwo steckenbleibe und nicht mehr weiterkomme, und ob die Arbeit in dieser Kriegssituation überhaupt einen Sinn macht. Der äußere Kraftaufwand besteht darin, den Transport nach Bosnien zu organisieren und dafür zu sorgen, sich in Bosnien von einem Ort zum anderen zu bewegen.

Trauma und Vergewaltigung

Der Unterschied zwischen Vergewaltigung und anderen Formen der Folter besteht nicht darin, daß das eine schlimmer ist und ein stärkeres Trauma hervorruft und das andere weniger schlimm. Die

Kriegserlebnisse sind insgesamt traumatisierend, ob es sich darum handelt, vertrieben zu werden, mit ansehen zu müssen, wie Familienangehörige umgebracht, gefoltert und vergewaltigt werden oder selber gefoltert und vergewaltigt zu werden. Inwieweit sich das Trauma in mehr oder weniger schweren Symptomen bis zur völligen Identitätsauflösung manifestiert, hängt von der Summe der traumatisierenden Erlebnisse, der vorherigen Stabilität der Persönlichkeit und dem Vorhandensein sicherer sozialer Netze ab. Symptome traumatisierter Opfer von Folter und/oder (Massen-) Vergewaltigung sind sehr ähnlich: Angstzustände, Schlaflosigkeit, Verfolgungswahn, Konzentrationstörungen und Depressionen. Bei beiden Erlebnissen geht es um die Erfahrung von Todesangst, um Erniedrigung und um das Gefühl absoluter Machtlosigkeit und Fremdbestimmung.

Der Unterschied zwischen Vergewaltigung und Folter besteht darin, daß das eine in Friedenszeiten von vielen als ein Kavaliärsdelikt angesehen wird, an dem die Frau selber mit schuld ist, und daß diese Bewertung in Kriegszeiten untergründig beibehalten wird. Das Opfer fühlt sich schuldig und hat die leider oftmals reale Angst, von seiner Umgebung für schuldig erklärt zu werden. Auch in diesem Krieg kam und kommt es dazu, daß Frauen von ihren Männern verlassen oder mißhandelt werden, weil sie vergewaltigt worden sind. Das Gefühl eigener Schuld und die berechtigte Angst vor den Reaktionen der Umwelt bedeuten für die mißhandelten Frauen, daß sich die Möglichkeiten zur Verarbeitung des Traumas reduzieren.

In der konkreten Situation in Kroatien und in Bosnien-Herzegowina heißt das, daß nach der ersten Medienaufmerksamkeit für die Vergewaltigungsopfer das

Problem von den Frauen selbst als auch von jenen, die sie betreuen, wieder verdrängt und nicht bearbeitet wird. Es zeigt sich darin, daß die betroffenen Frauen eher über Vergewaltigungen von anderen Frauen oder andere gegen sie verübte Foltermethoden berichten als über die eigenen Vergewaltigungen. Die einzige mir bekannte Ausnahme von diesem Umgang mit dem Problem ist das Projekt Medica Zenica in Zenica.

Individuell bedeutet der patriarchale Kontext für die Vergewaltigungsopfer, daß sie ihre Erlebnisse nicht umfassend bearbeiten können und verdrängen müssen. Diese Verdrängung bedeutet politisch die Ausblendung des patriarchalen Kontextes, in dem dieser Krieg geführt wird und in dem Massenvergewaltigung ein Mittel der Kriegsführung ist gegen die Frauen und die ethnische Gruppe, der sie angehören. Doch genauso wie es falsch ist, die (Massen-) Vergewaltigungen zu verschweigen und ihren patriarchalen Kontext auszublenden, ist es ebenso falsch und negiert die Situation der Opfer der Vergewaltigungen, wenn sie als etwas Besonderes herausgehoben oder ausschließlich im patriarchalen Kontext analysiert werden.

Für die Opfer der (Massen-) vergewaltigungen kann die Vergewaltigung nur im Gesamtkontext des Krieges und dessen, was ihnen und ihren Angehörigen angetan wurde, bearbeitet werden. Von ihrem subjektiven Erleben spielt dabei die ethnische Gruppenzugehörigkeit oftmals die größte Rolle. Dies vielleicht auch deshalb, weil die Auseinandersetzung mit der realen oder potentiellen Gewalttätigkeit des eigenen Mannes zu weiteren Verunsicherungen führen würde. Für den Aufbau von Selbsthilfegruppen oder die therapeutische Arbeit mit betroffenen Frauen heißt dies, daß die Frage der Ethnizität berücksichtigt werden

muß. Für die politische Auseinandersetzung heißt es, daß Frauen weiterhin die in Krieg und Frieden geübte Gewalt gegen Frauen als wesentlichen Bestandteil des Patriarchates deutlich machen und gegen das System der Männerherrschaft eine andere Utopie setzen müssen.

Zusammenarbeit mit der Frauen-selbsthilfegruppe »Biser«

Die Zusammenarbeit mit der Frauen-gruppe Biser hat sich sehr gut entwickelt, nachdem diese sich erst im Januar dieses Jahres gegründet hat und seitdem von der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland unterstützt wird. Über die Aktivitäten der Gruppe wurde schon wiederholt in den »Mitteilungen« berichtet. Nachdem das Verhältnis anfangs schwierig war, da die Gruppe nicht wußte, wer ich bin, welche Erwartungen ich an sie habe und ob ich zur Kontrolle komme, und ich selber angesichts meiner realen Rollendiffusion in den ersten Begegnungen unsicher war, haben wir inzwischen ein freundschaftliches Verhältnis zu einander entwickelt, welches ermöglicht, auch schwierige Probleme anzusprechen.

Bei Biser arbeiten Frauen unterschiedlicher in Bosnien-Herzegowina lebender Nationalitäten und/oder Religionsgemeinschaften mit. Die Arbeit in den Flüchtlingslagern und die konkrete Unterstützung von Flüchtlingsfrauen bedeutet den Frauen in der Gruppe viel und trägt zur eigenen Wertschätzung, manchmal auch Selbstheilung bei. Die Gruppe betreut Flüchtlingsfrauen in den Lagern und in Privatunterkünften durch Beratung und Gespräche, ist bei der Suche von Wohnungen oder bei der Beschaffung notwendiger Papiere behilflich, unterstützt einzelne Flüchtlingsfrauen in Notsituationen materiell und bezahlt auch Operationen von Flüchtlingsfrauen.

Sarajevo

Anfang Juni bin ich zum ersten Mal mit einer irischen Sozialarbeiterin, die schon seit 6 Monaten in der Stadt lebt, nach Sarajevo gefahren. Trotz Angst vor Heckenschützen und Granaten und der Beklemmung, daß Menschen hier seit 16 Monaten ohne geregelte Versorgung mit Wasser und Nahrungsmittel eingeschlossen sind, fahre ich gerne nach Sarajevo. Trotz der ethnischen Konflikte halten immer noch viele Menschen am kosmopolitischen Charakter der Stadt fest. Konfrontiert mit dem Nationalismus in Zagreb, der in fast allen Gesprächen spürbar wird, bedeutet es für mich ein Aufatmen, mit Menschen zusammen zu sein, die sich noch in erster Linie als Menschen begreifen und nicht ihre innere Stärke aus der Abgrenzung und Abwertung von anderen beziehen.

Neben all dem persönlichen Leid, das dieser Krieg mit sich brachte, ist eine der schlimmsten Folgen dieses Krieges, daß für alle Menschen, die an interethnischem gleichberechtigten Zusammenleben festhalten wollen, kein Platz mehr sein wird in einem dreigeteilten Bosnien-Herzegowina. Durch ihre Waffen haben sich die Nationalisten aller Seiten durchgesetzt. Von der internationalen Gemeinschaft wurden sie dafür belohnt und an den Verhandlungstisch gebeten. Anstatt diejenigen zu bestärken, die für Frieden und gemeinsames Zusammenleben eintraten, wurden durch den Verhandlungsprozeß all jene gestärkt, die für die strikte Trennung der Ethnien und für die Schaffung »ethnisch-reiner« Gesellschaften eintraten. Die Tatsache, daß sich die Nationalisten mit dem Faustrecht, als dem Recht des Stärkeren durchsetzen, erteilt allen Gedanken der Aufklärung, dem friedlichen Zusammenleben der Völker einen Rückschlag, der auch für ganz

Europa noch weitreichende Folgen haben wird.

Sarajevo bleibt nicht verschont von diesen Tendenzen eines zunehmendem ethnischen Nationalismus. Es gibt inzwischen interethnische Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen, reale Ängste der Minderheiten vor Unterdrückung, Konflikte innerhalb der Armee und zwischen ziviler Stadtverwaltung und Armee. Der Druck auf die Einzelnen, sich einer Gruppe zuzuordnen, wächst zunehmend. Viele Menschen, die Tag und Nacht damit beschäftigt sind, für andere das Überleben zu sichern, obwohl sie die Möglichkeit hätten, die Stadt zu verlassen, tun dies nicht, weil sie ihre Freunde und Nachbarn nicht allein zurücklassen wollen. Viele sagen aber auch, daß sie nach Beendigung des Krieges gehen werden, denn durch den Krieg sind nicht nur die Häuser zerstört worden, sondern ein umfassender multikultureller Lebenszusammenhang.

In Sarajevo unterstützt die Evangelische Frauenarbeit in Kooperation mit der islamischen Frauengruppe Sumejja und dem Amt für Vertriebene und Flüchtlinge einige der traumatisierten Frauen. Im September werde ich mit der US-Amerikanerin Marcia Jacobs, die langjährige Erfahrungen in der Gruppenarbeit mit Vergewaltigungs- und Inzestopfern hat und auch bereits mehrere Fortbildungen zu diesem Thema in den USA und in Kroatien durchgeführt hat, eine Fortbildung durchführen für die Frauen von Sumejja und für einige Freiwillige, die die Flüchtlingslager in Sarajevo besuchen.

Kopfschmerzen bereitet mir, und sicherlich inzwischen nicht nur mir, der Transport von Wolle und Stricknadeln nach Sarajevo, da die logistischen Probleme, 5 Tonnen Wolle zu organisieren und in die mehr oder weniger geschlossene Stadt zu bringen und dort zu verteilen,

erheblich sind. Trotz des Mangels an Nahrungsmitteln haben die Frauen immer wieder ihr Bedürfnis nach Handarbeitsmaterialien ausgedrückt. 5 Tonnen Wolle, das sind vielleicht 7 000 Wollpullover oder noch mehr Handschuhe, Socken und Mützen, die im Winter gebraucht werden. 5 Tonnen Wolle bedeuten aber gleichzeitig, etwas selber tun zu können und nicht nur immer abhängig zu sein und in Empfang nehmen zu müssen.

Spenden sind weiterhin wichtig

Auch wenn in meinem Beitrag keine Statistiken über das Leid und die Not der in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens lebenden Menschen vorkommen und ich auch keine Einzelschicksale herausgegriffen habe, um dieses Leid zu verdeutlichen, hoffe ich doch, daß mein Beitrag deutlich macht, daß weitere Spendengelder notwendig sind. Der Krieg geht immer weiter und es ist zu befürchten, daß die Menschen einen weiteren Winter im Krieg überleben müssen.

Der Bedarf an Unterstützung ist heute größer als zu Beginn der EFD-Spendenkampagne. Unsere Solidarität ist nur dann glaubwürdig, wenn sie länger trägt als einen emotionalen Augenblick. Dies gilt allerdings nicht nur für den Konflikt-herd des ehemaligen Jugoslawiens, sondern auch für andere Krisenherde außerhalb Europas, für die sich Unterstützung oftmals noch schwieriger mobilisieren läßt.

Stimmungsbild

Wenn ich nach vier Monaten Arbeit jetzt ein Zwischenresümee ziehe, muß ich sagen, daß ich trotz der vielen Gespräche mit Betroffenen und Fachfrauen vorher, der vielen Literatur, die ich gelesen habe und trotz vorheriger Erfahrung in der Flüchtlingsarbeit im Sudan, nicht wußte,

was auf mich zukommt. Dabei bezieht sich meine Verunsicherung nicht auf die fachliche Seite meiner Arbeit oder den Sinn dieser Arbeit insgesamt, sondern auf das Erleben von Krieg. Der Krieg wird umso unverständlicher und verunsichernder, je näher ich ihm durch die vielen Gespräche und die sich in ihnen ausdrückenden Gefühle, die sich auch auf mich übertragen, komme.

Während ich tagsüber gut funktioniere, meine Arbeit tue, gelegentlich sogar

kleine Erfolgserlebnisse habe, interessante und nette Menschen treffe, fällt dies alles von mir ab, wenn ich abends nach Hause komme. Ich bin dann nur noch bestimmt von Gefühlen, wie sie ähnlich die Flüchtlings- und Vertriebenenfrauen ausdrücken: ganz klein, verlassen, verzweifelt, heimatlos, aber auch voller Sehnsucht nach Menschlichkeit und Berührung. Eine unfreundliche Bemerkung kann den Tag zerstören, ein Lächeln kann ihn retten.

Zagreb, 20.8.1993

Heike Bethe / Matthias Nauerth

Chile 1973: Die niedergeschlagene Hoffnung auf demokratischen Sozialismus

Zur Erinnerung
an die Beendigung
des »chilenischen
Frühlings« vor 20 Jahren
(von Bertolt Brecht)

**War der Kampf also vergebens?
Wenn, der nicht allein gekämpft hat,
erschlagen ist
Hat der Feind
Noch nicht gesiegt.**

Es war im März 1990. Im Nationalstadion von Santiago de Chile feierten achtzigtausend Menschen die nach sechzehn Jahren zurückerkämpfte Demokratie. Der neugewählte Präsident Aylwin, der den Militärputsch vor 16 Jahren noch begrüßt hatte und jetzt als Christdemokrat in einer Koalitionsregierung u.a. mit der Sozialistischen Partei die Militärs von der Macht verdrängt hatte, bewegte die Gemüter, als er laut aussprach, daß es nun vorbei sei. Sechzehn Jahre der Diktatur und Barbarei hätten ihr Ende gefunden. »Nunca mas«, nie wieder dürfe passieren, was in Chile während dieser Zeit

stattgefunden habe, rief er, während die Anzeigetafel des Stadions alle Namen der Verschwundenen auflistete.

Gleichzeitig hallten durch das Stadion Sprechchöre, die an denjenigen erinnerten, der sechzehn Jahre zuvor als Inbegriff des »chilenischen Weges zum Sozialismus« zum Märtyrer wurde. »Se sienta, Allende esta presente« (man spürt es, Allende ist anwesend) erklang es genau an jenem Ort, der 1973 als Gefängnis- und Folterzentrum zu bitterer Berühmtheit gelangt, und in dem, neben vielen anderen, auch der Sänger Victor Jara bestialisch hingerichtet worden war.

Die Regierung, der Putsch und sein Hinterland

Im September 1973 gehorchte das chilenische Militär dem Drängen des internationalen Kapitals und der nationalen Bourgeoisie und beendete nach drei Jahren die Regierung der »Unidad Popular« mit Hilfe westlicher, insbesondere US-amerikanischer, Unterstützung. Die ungeheure Provokation einer sozialistischen Regierung innerhalb des westlichen Hegemoniebereichs, die ihre Macht durch demokratische Wahlen erlangt hatte und im Begriff stand, ihre Popularität auszuweiten, wurde damit beendet. Als breites Bündnis hatte sie sich aus einer Linksabspaltung der Christdemokratischen Partei, der Sozialdemokratischen-, Sozialistischen- und Kommunistischen Partei zusammengesetzt. Unter der Führung des Arztes Salvador Allende hatte sie die sozialistische Umgestaltung der chilenischen Gesellschaft unter strenger Wahrung der Verfassung begonnen und war dabei nicht vor tiefgreifenden Eingriffen in die ökonomische Grundstruktur des Landes zurückgeschreckt. Landreformen, Soforthilfeprogramme für die Armen, Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und Banken sowie die klare Perspektive, die eigene ökonomische Ausbeutung durch die kapitalistischen Metropolen der »1.Welt« zu beenden, waren programmatische Teile dieser Politik.

In einem von General A. Pinochet geleiteten, beispiellos blutigen Putsch wurde diese Regierung am 11. September 1973 gestürzt und der Präsident nach stundenlangen, von der Luftwaffe unterstützten, Angriffen im Regierungspalast »La Moneda« ermordet. Seriöse Quellen sprechen von 30.000 Menschen, die allein in Santiago in den ersten Tagen des Putsches ihr Leben verloren. Das Parlament wurde aufgelöst, zahlreiche Reformgesetz-

ze mit sofortiger Wirkung aufgehoben, alle politischen Parteien und Organisationen verboten. Die Militärs lösten den Gewerkschaftsverband CUT auf, »säuberten« die Universitäten und setzten verfassungsmäßige Grund- und Menschenrechte außer Kraft. In der Folgezeit wurden weitere tausende Menschen ermordet, gefoltert oder des Landes verwiesen. Internationale Kommissionen, die sich von den Vorgängen ein Bild gemacht hatten, kamen zu dem Ergebnis, daß in Chile Menschen »gehetzt, verhaftet, inhaftiert und grenzenloser Entwürdigung und unmenschlicher Behandlung einschließlich Folterung ausgesetzt« waren und die Maßnahmen der Militärjunta »den Grundauffassungen der allgemein anerkannten Menschenrechte absolut zuwiderlaufen.« (Pressedienst Demokratische Initiative – PDI, PDI-Unterrichtseinheiten 2, Chile, Dortmund / München 1976 Seite 95)

Mit der Aufhebung der Demokratie beendeten die Militärs eine lange demokratische Tradition in Chile. Ziel und Zweck dieser von ihnen installierten Gewaltherrschaft sollte es sein, ohne hinderlichen Widerstand die chilenische Gesellschaft einer neoliberalen Roßkur zu unterziehen, in der höchste soziale Opfer von der Bevölkerung gefordert werden konnten. Es war nicht das erste Mal, daß es in Lateinamerika einer Militärregierung zufiel, Wirtschaftsliberalismus, Freihandel und gleichzeitig »stabile Verhältnisse« durchzusetzen und damit die Reintegration eines Landes in die internationale Arbeitsteilung sicherzustellen. Brasilien 1964, Argentinien 1966, Bolivien 1971, Uruguay 1973, waren einen ähnlichen Weg gegangen. US-Präsident Ford gab in einer Pressekonferenz 1974 dann auch zu, was längst bekannt war. Bezüglich der US-amerikanischen Einflußnahme auf die Beendigung der Regierung

Allende sagte er: »Es ist eine anerkannte Tatsache, daß sowohl früher als auch gegenwärtig solche Aktionen im besten Interesse der betroffenen Länder unternommen werden.« (PDI, S.69) Nachdem das ursprüngliche Vorhaben, Allendes Wahlsieg und Machtübernahme unter allen Umständen zu verhindern, gescheitert war, ging es seit dem Amtsantritt 1970 um seine Beseitigung mit allen Mitteln.

Während der dreijährigen Amtszeit Allendes wendete der CIA Millionen von Dollar für illegale Aktionen gegen diese

chilenische Regierung auf. Ziel dieser Maßnahmen war es, ein gesellschaftliches Chaos in Chile gezielt zu produzieren, das eine Machtübernahme der Militärs früher oder später rechtfertigen würde. Wirtschaftsboykott, geheimdienstlich durchgeführte Entstatbilisierungsmaßnahmen wie z.B. systematische Erntezerstörungen, Inflationsanheizung, Sprengstoffanschläge auf den Präsidenten, Ausrüstung paramilitärischer Contras sowie logistische Unterstützung der gewaltsamen Beendigung der Regierung Allendes und Aufbauhilfe für die Militärjunta gehörten sodann zum selbstverständlichen Repertoire derjenigen, die ihre Welt als die freie bezeichnen.

Auch die BRD beteiligte sich an der Bekämpfung der chilenischen Regierung. Schon kurz nach dem Wahlsieg berichtete der Spiegel (14.9.70): »Die Tochterfirmen von Bayer, Hoechst...bringen über die Grenze, was mobil ist«, entgegen verbindlich geschlossener Verträge. Die bundesdeutsche Entwicklungshilfe wurde bereits 1970 eingefroren, sodaß die FAZ am 2.4.73 zufrieden vermerken konnte: »Irgendeine Hilfe für irgendein neues Projekt haben die Chilenen, seit Allende regiert, nicht mehr bekommen.«

Rechte Freude in der BRD

Seitens der bundesdeutschen Industrie, Teilen der Christdemokraten und ihnen nahestehenden Presseorganen, wurde der Militärputsch dann auch mit unverhohlener Freude aufgenommen. »Die Machtübernahme durch das Militär ist bereits seit langer Zeit erhofft worden«, teilte der Chile-Präsident der Dresdener Bank



Santiago am 15. Dezember 1989

kurz nach dem Putsch mit (Nachrichten für den Außenhandel, 1.10.73) Aus dem Hoechst-Konzern verlautete: »Wir sind der Ansicht, daß das Vorgehen der Polizei und des Militärs nicht intelligenter geplant und koordiniert werden konnte und daß es sich um eine Aktion handelte, die bis ins letzte Detail vorbereitet war und glänzend ausgeführt wurde... Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdiente... Chile wird in Zukunft ein für Hoechst-Produkte zunehmend interessanter Markt sein.« (H.v.Robotham, Federspiel: Hinsehen verboten. Weinheim-Basel 1987, S.93f) »Die Welt« schrieb am 28.9.1973: »Ohne Frage: In Chile mußte mit der Politisierung des gesamten öffentlichen Lebens, der Polarisierung in zwei feindliche Lager und vor allem mit der marxistischen Klassenkampfhetze jetzt Schluß gemacht werden.« Die FAZ vom 12.9.73: »Im Augenblick der höchsten Gefahr konnten sich die Streitkräfte ihrer Verantwortung nicht mehr länger entziehen. Die politischen Spannungen, die Allendes mißglücktes Volksfrontexperiment in Chile erzeugt hatte, drängten mit Macht zur Entladung«, und das »Deutsche Monatsblatt« der CDU drohte: Allendes »klägliches Scheitern dient als Lehrstück für jene Verkünder eines demokratischen Sozialismus hierzulande, deren prominentester Kronzeuge ... Willy Brandt ist.«

Während die Tore der westdeutschen Botschaft in Santiago für asylsuchende ChilenInnen im September 1973 geschlossen waren, vermerkte der CSU-Vorsitzende Strauß: »Angesichts des Chaos, das in Chile geherrscht hat, erhält das Wort Ordnung für die Chilenen plötzlich wieder einen süßen Klang.« und der spätere Innenminister Zimmermann teilte 1979 mit, die Militärregierung sei notwendig gewesen, um das »Land einem von Sozialisten verursachten Chaos unvorstell-

baren Ausmaßes zu entreißen«. (H.v.R., Federspiel ... S. 94ff)

Chile 1993

In diesem Jahr finden in Chile die zweiten demokratischen Wahlen »nach Pinochet« statt. Die Koalitionsregierung wird aller Voraussicht nach ihre Arbeit fortsetzen können. Deren erste Amtszeit hat gezeigt, daß auch die beteiligte Sozialistische Partei und die Sozialdemokraten momentan keine wirtschaftspolitische Alternative durchsetzen zu können meinen und deswegen eine neoliberale Wirtschaftspolitik mitzutragen bereit sind. Während der Ex-Diktator als Chef der Streitkräfte weiterhin von nicht geringem politischem Gewicht ist, steht diese Regierung für zurückerkämpfte bürgerliche Gesellschaftsstrukturen, weitgehende Wahrung der Menschenrechte und erste Versuche, das Sozial- und Bildungssystem zu rekonstruieren. Wie in fast allen anderen Ländern Süd- und Mittelamerikas werden die Opfer der siebzehnjährigen Gewaltherrschaft eine Bestrafung der Täter allerdings nicht erleben. Ebenso wird die Überwindung der extremen Armut von weiten Teilen der chilenischen Bevölkerung durch die derzeit entwickelte und praktizierte Politik nicht möglich sein. Auch ist seitens der benachteiligten und ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen zur Zeit kein nennenswerter politischer Druck auf die politischen Verantwortlichen zu erwarten. Die Hegemonie eher rechter als linker Politikkonzepte innerhalb der chilenischen Gesellschaft ist eindeutig. Allerdings: »Wenn auch heute in Chile alles verputzt ist, was im weitesten Sinn mit Sozialismus zu tun hat, und die Ideologie des 'jeder ist seines Glückes Schmied' den individuellen Aufstieg und Konsum zum Maß aller Dinge macht, fällt auf, daß das Bild Salvador Allendes überall präsent ist. Offensichtlich haben

Terror der Militärs und die alltägliche Gewalt der ökonomischen Verhältnisse den Menschen (vorerst) den Mut zum Träumen und die Kraft zum Kämpfen genommen, nicht aber die Erinnerung an jene Jahre, in denen sie für eine kurze Zeit das Gefühl hatten, daß ihr Schicksal nicht unveränderbar ist, daß sie Subjekte ihrer Geschichte sein können. Das Experiment wurde im Blut erstickt, aber die Hoffnung und Aufbruchstimmung jener Jahre sind im Bewußtsein vieler geblieben.« (Informationsdienst Lateinamerika-ila, Nr 166, Juni 1993S.24)

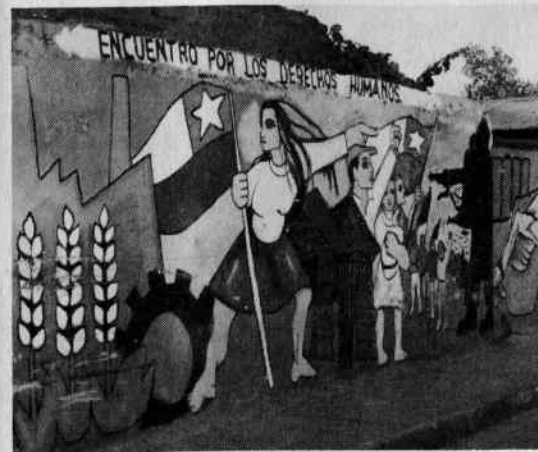
Die Lehren aus Chile

Was kann aus diesen Vorgängen für das politische Verständnis von Sozialistinnen und Sozialisten folgen? Wir meinen zumindest folgendes: An Chile wird erstens exemplarisch klar, daß es auch von westlicher Seite keine Bereitschaft gegeben hat, einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« zuzulassen. Wenn 1968 die Beendigung des »Prager Frühlings« durch Truppen des Warschauer Paktes als Lehrbeispiel für das wahre We-

sen dieser Staaten angesehen wurde, so entlarvt die Beendigung des »Chilenischen Frühlings« und dessen materielle und ideelle Unterstützung breite Kreise der westlichen Einfluß- und Machteliten. Uwe Holtz (SPD-MdB 1974) drückt seine Erkenntnis so aus: »Chile hat deutlich gemacht, daß Konservative und Reaktionäre notfalls zu Waffengewalt, Repression, Folter, Mord, KZ, Zensur und Bücherverbrennung greifen, wenn sie sich existenzbedroht fühlen. Für viele von ihnen verläuft die Frontlinie nicht zwischen Demokratie und Diktatur, sondern zwischen Sozialismus und Kapitalismus.« (PDI, Seite 104)

Zweitens: Im Diskurs über die Ursachen der Krise der sozialistischen Linke wird, nicht ohne Berechtigung, sehr viel über die eigenen theoretischen und praktischen Fehler nachgedacht. Die Erinnerung an die Ereignisse in Chile 1973 und danach macht jedoch deutlich, daß die derzeitige Hegemonie der kapitalistischen Produktionsweise wenig über deren wirtschaftliche Qualität aussagt, aber viel über die Macht und Mittel ihrer Ver-

treterInnen. Die nahezu uneingeschränkte »Akzeptanz« dieses Wirtschaftsmodells in der gegenwärtigen Welt stellt einen Sieg dar, dem vielfältige Kämpfe vorausgingen. Demokratisch-sozialistische Aufbrüche als humane Alternative zum Kapitalismus wurden in der Vergangenheit mit allen militärischen, ideologischen und wirtschaftlichen Mitteln verhindert und niedergekämpft. Dieser Sozialismus konnte sich auch deswegen nicht entwickeln, weil seine Gegner in diesem Sinne zu stark waren. Seine Schwäche ist insbesondere auch die Schwäche eines Niedergekämpften!



»Für die Durchsetzung der Menschenrechte«
Santiago 1990

Die kirchliche und politische Bedeutung von Barths Schrift

»Theologische Existenz heute!« (1933)¹

60 Jahre sind seit dem Erscheinen von Barths Beitrag vergangen. Für die Erforschung der Geschichte der Kirche im Nationalsozialismus liegt mit dieser Schrift ein grundlegender Text vor, der im gleichen Maß auch für die Frage nach dem Verhältnis von Theologie und Politik im Denken Barths eine wichtige Rolle spielt. Darüber hinaus ist dieses Essay Gegenstand einer theologischen Kontroverse geworden, die Helmut Gollwitzer aufgelöst hat. Gollwitzer schreibt zur Vorgeschichte der »Theologischen Existenz heute!«:

»In den nächsten Wochen² drängten wir ihn [Karl Barth], endlich sein Schweigen zu den politischen ... und kirchenpolitischen Vorgängen zu brechen. Er schob es hinaus, er hatte keine Lust. Dann schrieb er ein längeres Manuskript. Eines Abends las er es Charlotte von Kirschbaum und Hellmut Traub vor. H. Traub erzählt: Es war ein ganz politisches, unerhört scharfes Manifest. Die beiden Zuhörer reagierten sofort mit der Bemerkung, es sei unmöglich, das zu veröffentlichen; am nächsten Tage saßen er, Drucker und Verleger im Gefängnis. Grollend legte er das Manuskript weg ... Nach einigen Tagen machte er sich wieder ans Schreiben und brachte in kürzester Zeit einen neuen Aufsatz zu Papier, den er wiederum den beiden vorlas. Es war das nun allbekannte Heft 1 der 'Theologischen Existenz heute'. Die beiden waren begeistert und außerdem befriedigt, weil sich

dies nun auch veröffentlichen ließ. Barth aber warf ihnen in hellem Zorn die Blätter vor die Füße und lief aus dem Zimmer mit den Worten: 'Da habt ihr eure gleichgeschaltete theologische Existenz!«³

Sollte es tatsächlich solch eine Version gegeben haben? Wenn ja, dann wäre es notwendig, die heute vorliegende mit anderen Augen zu sehen. Eine Deutung, die den politischen Duktus dieser Abhandlung und der Theologie Barths aufzuspüren sucht, wäre zwangsläufig erforderlich. Diese naheliegende Schlußfolgerung hat Widerspruch erregt und die schon bestehende Diskussion über den Zusammenhang von Theologie und Politik bei Karl Barth belebt.⁴

Aus der Fülle der Literatur, die Barths Haltung im Kirchenkampf beleuchtet, greifen wir zwei Interpretationsbeispiele heraus, die sich auf die »Theologische Existenz heute!« beziehen. Beiden ist es daran gelegen, Gollwitzers These zu widerlegen und eine Trennung von Theologie und Politik im Denken Barths festzustellen.

Vehement wendet sich der Tübinger Kirchenhistoriker Klaus Scholder gegen Gollwitzers Aussage und weist sie als Legende zurück.⁵ Für Scholder liegt die Bedeutung der Theologie Barths in ihrer rein theologischen und unpolitischen Ausrichtung.⁶ Eine politische Theologie, wie sie nach Scholders Ansicht der reli-

giöse Sozialismus der zwanziger Jahre vertreten habe, wäre zu einem wirklichen Widerstand unfähig gewesen. Sie hätte nur eine Ideologie gegen eine andere gesetzt.⁷ Aus diesem Grund postuliert Scholder für Barth eine Isolierung der Theologie von der Politik. Eine solche Entwicklung sei bei Barth seit seiner Trennung von den Religiösen Sozialisten bemerkbar und habe sich besonders mit seinem Votum zum Fall Dehn 1931 gezeigt.⁸ Für den Sommer 1933 diagnostiziert Scholder für Barth sogar »politische Gelassenheit«.⁹

Auch Hinrich Stoevesandt, der Leiter des Karl Barth-Archives in Basel, opponiert gegen Gollwitzers Erzählung, indem er akribisch die Entstehungsgeschichte der »Theologischen Existenz heute!« rekonstruiert.¹⁰ Er bekräftigt Scholders Position und weicht lediglich von dessen Einschätzung ab, bei Barth sei im Sommer 1933 »politische Gelassenheit« festzustellen.¹¹ Er betont im Gegensatz zu Scholder, Barths politisches Urteil habe gegen den Nationalsozialismus festgestanden. Doch Stoevesandt läßt das nur für Barths Persönlichkeit zu¹² und unterstreicht damit Scholders Postulat einer politikfreien Theologie Karl Barths durch die Trennung von Theologie und Biographie.¹³

Ist Barths Schrift »Theologische Existenz heute!« noch vor wenigen Jahren Gegenstand einer lebendigen Diskussion gewesen, so ist es mittlerweile um diesen Text eher ruhig geworden. Vielleicht liegt es daran, daß mit Stoevesandts Artikel und seiner Rekonstruktion der Vorgeschichte anscheinend alles gesagt und die Darstellung Gollwitzers endgültig entkräftet worden ist. Doch neues, bisher unberücksichtigtes Material, die Beurteilung der Arbeit Barths durch Leonhard Ragaz, Max Gerber und Fritz Lieb, wirft erneut die Frage nach einer politisch

deutlicheren Urform der »Theologischen Existenz heute!« und einer diesem Sachverhalt entsprechenden Auslegung seiner Theologie auf.

Die Rezeption der »Theologische Existenz heute!« im Schweizer religiösen Sozialismus.

Unmittelbar nach Erscheinen des Artikels¹⁴ reagiert Leonhard Ragaz in den »Neuen Wegen« auf Barths Votum. Ragaz' Beurteilung kann für die Interpretation der Arbeit Barths hilfreich und weiterführend sein, weil Barth schon seit den Anfängen seines Pfarramtes in Safenwil eine kritische Begleitung durch den Wortführer der Religiös Sozialen erfahren hat. Ragaz weiß trotz aller Kontroversen mit Barth um dessen Herkunft aus der religiös-sozialen Bewegung und nimmt treffsicher Gemeinsames und Trennendes wahr. Darüber hinaus steht er im Dialog mit Eduard Thurneysen¹⁵ und Emil Brunner¹⁶, die wie Barth zu den Vertretern der dialektischen Theologie gerechnet werden und die auch aus dem Schweizer religiösen Sozialismus hervorgegangen sind. Diese Voraussetzungen befähigen Ragaz, die Quelle der Widerstandskraft der Theologie Barths aufzuspüren.

Ragaz schreibt:

»...Ich muß daran festhalten: Dadurch, daß die dialektische Theologie dem politischen Handeln eine wesentliche Bedeutung geraubt und alles Handeln überhaupt entwertet hat, indem sie es als vor Gott gleichgültig erklärte oder doch zu erklären schien, hat sie den Geistern, die nun im Nationalsozialismus sich austoben, freie Bahn geschafft. ... Aber so sehr ich daran festhalte, so ist es mir doch nie eingefallen, daß das der Meinung und Absicht eines Karl Barth (um von Brunner und Thurneysen gar nicht zu reden) entspreche. Und nun ist eine Schrift von ihm erschienen, die das jedermann so klar als nur möglich macht.

Sie trägt zwar den seltsamen Titel: "Die theologische Existenz heute" und ist in jene theologische Emballage (= Verpackung <Red.>) gewickelt, die ich für verkehrt, ja fast lächerlich halte. Aber sie enthält einen sehr wertvollen Kern. Mit großer Schärfe und Eindringlichkeit zeigt sie den rein politischen Ursprung der neuen "Reformation" der Kirche auf, und ebenso klar und scharf demaskiert sie dieses Reichsbischofstum mit seinem Mißbrauch des "Führertums" und seinem Schwanken zwischen dem nicht erreichbaren und nicht offen zu gestehenden katholischen Sinn und einer rein politischen Machtinstitution. Ja, sie geht so weit, einer solchen Kirche allfällig "Renitenz", und das heißt doch wohl: Protest bis zum Austritt, anzukündigen. Alle Achtung davor, besonders vor dem hohen persönlichen Mut, der sich darin bekundet. Freilich tritt auch in dieser Schrift der tiefe Mangel des ganzen "Barthianismus" hervor, der mit dem Worte Gottes nicht in die kämpfende Wirklichkeit eingehen, sondern sich im Reiche der reinen Theologie halten will. Es ist fast ein wenig komisch, wie Barth erklärt, er treibe auch in der Unruhe dieser Zeit Theologie, und nur Theologie. Und seine Gegner sind ihm darin überlegen, wenn sie das "Wort Gottes" auch in der Zeitbewegung erkennen wollen; denn das Wort Gottes ist kein papierenes! Die Frage ist bloß, ob sie es wirklich erkennen. Barth hat darin Recht, daß das nicht der Fall ist und hat die Bibel auf seiner Seite. Ueberhaupt hat er mit seinem Nein recht, und das ist diesmal die Hauptsache. Es ist eine Tat, die großen Wert haben wird.¹⁷

Neben dem Lob der persönlichen Tapferkeit des Bonner Professors unterstreicht Ragaz den theologisch-politischen Effekt der Schrift. Sie entmythologisiert eine sich dem »totalen Staat« gleichschaltende deutsche Theologie und kündigt dagegen bedingungslose Gegenwehr an. Ihre Widerstandskraft besteht nach Ragaz' Auffassung nicht darin, daß sie unpolitisch und

am Handeln des Menschen uninteressiert sei. Ragaz unterscheidet in diesem Punkt ausdrücklich Barth, Brunner und Thurneysen von anderen nicht näher bezeichneten Vertretern der dialektischen Theologie. Kritikwürdig bleibt für Ragaz die »theologische Emballage« des Artikels. Zusätzlich erscheint ihm die eindimensionale Erfahrbarkeit des »Wortes Gottes« nur im Bereich der Theologie ambivalent. Einerseits begrüßt er zwar, daß Barth auf diese Weise die Unmöglichkeit einer theologischen Legitimation der Ereignisse in Deutschland aufdeckt; andererseits beklagt er die Enge einer solchen Theologie.¹⁸

Fast zeitgleich ergreift auch der Schweizer Pfarrer und Redakteur der sozialistischen Wochenzeitung »Der Aufbau«, Max Gerber das Wort. Er betont entsprechend Ragaz' die Tapferkeit Barths, die sich deutlich in dessen Abgrenzung von den »Deutschen Christen« und der »jungreformatorischen Richtung«, wie auch der entschiedenen Ablehnung einer Gleichschaltung der evangelischen Kirche zeige. Nach diesem Präludium geht Gerber sofort zu einer schonungslosen Kritik über. Er schreibt:

»... Hier ergreift also endlich ein Theologe das Wort ... und in seiner Schrift, in der die Gefahren der Kirche beleuchtet werden, findet man kein Wort von all den Verfolgungen, Morden und Schandtaten des Regiments, das jetzt so oder so auch in die Kirche hineinregieren will. Das geht offenbar die Kirche gar nichts an, ihre Existenzfragen werden von solcher nun wirklichen Gottlosigkeit nicht berührt. Barth erklärt, daß er sich bemühe, "nach wie vor und als wäre nichts geschehen – vielleicht in leise erhöhtem Ton, aber ohne direkte Bezugnahmen – Theologie und nur Theologie zu treiben". Das Blut der Brüder schreit zu Gott von der Erde, und wir hören eine Theologie von Gott reden, die das sozusagen nichts angeht, wenigstens als

Theologie nicht, weil es offenbar "nicht zur Sache gehört" ... Die Theologie im luftleeren Raum ist eine Erfindung neuerer Zeit. Ich bin überzeugt, daß die "theologische Existenz heute" nicht die von morgen sein wird, denn ich glaube an den Sieg der Menschlichkeit – sogar in der Theologie.«¹⁹

Fritz Lieb, der bis zu seiner Amtsenthebung im November 1933 eine außerordentliche Professur in Bonn innehat, reagiert auf die beiden religiös-sozialen Voten. Er tritt, wie wir es dem Briefwechsel mit seinem ehemaligen Zürcher theologischen Lehrer entnehmen können, vermittelnd in Erscheinung, um einen einheitlichen Widerstand gegen das faschistische Deutschland zu formieren. In einem Brief an den »Genossen« Ragaz sieht er sich genötigt, die Kritik von seiten Gerbers und Ragaz' an der Schrift seines Freundes zurückzuweisen und ihre eindeutig politische Lesart hervorzuheben. Da dieser Brief ein bedeutendes und bisher unveröffentlichtes Zeitdokument ist, soll ein längerer Ausschnitt daraus zitiert werden:

»... Und nun, lieber Genosse, muss ich Ihnen bei dieser Gelegenheit etwas von uns in Bonn und von der Herrschaft des Antichrists erzählen. Ich fange an mit einer Schimpferei. Sie haben Karl Barth angegriffen, er ziehe sich gleichsam hinter die Theologie zurück und Gerber zieht mit noch größerem Geschütz auf. Das mögen nur Schneeballen sein, auf uns, die wir mitten in dieser Hölle leben, tun sie jedenfalls empfindlich weh. Besonders Gerber scheint sich ja nicht im geringsten eine Idee zu machen, in welcher Situation wir leben.

Barth durfte und konnte nicht anders reden, wenn er überhaupt reden, zu Wort kommen sollte. Und er durfte um das wirksam zu sagen, was er sagen wollte [es] nur so sagen, ganz "theologisch". Sehen Sie nun aber nicht auch, dass wenn einer heute in Deutschland nur als Verkünder des Wortes Gottes redet, es

gerade dadurch gegen alles redet was heute in Deutschland geschieht. Die Selbstbeschränkung die sich da Barth auferlegt hat ist wahrscheinlich etwas anderes als eine theologische Schrulle, ganz abgesehen davon, dass, wenn er unmittelbar auch politisch geredet hätte die Schrift sofort verboten worden wäre und es dann auch nur politisch verstanden worden wäre. Man weiss nun ja aber zur Genüge, was heute ein Sozialdemokrat zu dem jetzigen Deutschland sagt. Es war unendlich viel wichtiger in der theologischen-kirchlichen Verwirrung, gegenüber dem offensichtlichen Abfall zu dem kurios tou aiwnos outou ("der Herr dieses Äons" <Red.>) ein eisernes Wort des Widerstandes und des Haltes zu sagen.

Und Barth hat seinen Zweck erreicht. Einer Unzahl von einfachen Christen und isolierten Pfarrern hat er das lösende Wort gesagt, dadurch dass er ihnen den Halt gab, der auf der biblischen Verkündigung beruht... Ich kann Ihnen übrigens vertraulich mitteilen, dass Barth noch einige besonders aggressive Sätze beseitigen liess, die doch nicht im Wesentlichen mehr sagten, aber ein sicheres Verbot zur Folge gehabt hätte. Es musste aber wenigstens einmal der Versuch gemacht werden – an die Öffentlichkeit zu gelangen. Glauben Sie aber nicht wir seien deswegen Leisetreter. Auch Barth nicht...«²⁰

An der gemeinsamen Kampfgemeinschaft interessiert, antwortet Ragaz postwendend und weist die Vorwürfe Liebs, er sei für die deutsche Situation unsensibel und er behandle Barth ungerecht, zurück.

»...Was Ihre Schimpferei betrifft, so bemerke ich dazu nur kurz Folgendes! Ich habe Barths taktische Haltung vollkommen verstanden u. sie wiederholt fast mit den gleichen Worten, wie Sie sie brauchen, sowohl Gerber als dem weiteren Freundeskreis klar gemacht. Auch habe ich den hohen Mannesmut der Barth'schen Stellungnahme stets hervorgehoben, auch in den Neuen Wegen u. von Barths neuester Schrift doch mit großer

Achtung u. Schätzung geredet – trotz einiger wichtiger Vorbehalte, die Sie mir nicht übel nehmen können, da sie bei mir tief begründet sind. Es ist mir wichtig, das festzustellen. Ihr Brief ist mir ja, trotz dieser Schimpferei auch insofern eine Art Freude – so paradox das klingt – weil er zeigt, wie furchtbar die Lage draußen ist. Denn immer wieder gibt es Leute, die mir vorwerfen, ich sehe sie zu düster, tue der deutschen Freiheitsbewegung Unrecht, lasse es an Objektivität, Verständnis und Liebe fehlen, während doch meine ganze Stellung auf dem Bewusstsein beruht, es gelte nun wieder, wie während des Krieges unbedingt fest zu bleiben und auszuhalten im Zeugnis für Christus gegen den Antichrist – diesen groben und gemeinen Antichrist.

Es fehlt mir also gewiß nicht an Verständnis für die ganze gefährvolle Schwere Ihrer u. Karl Barths Lage. Das um so weniger als auch wir davon einen Vorgeschmack haben. Meine Gedanken weilen schon längst häufig in dem Gefängnis, in das mich u. meine Freunde zu stecken der grimmige Entschluß unserer Militärs u. ihrer Anhänger ist, wenn es nicht gar die Mauer außerhalb ist, die man für uns auf bestimmte Fälle hin bereit hält. Trotzdem – es ist draußen alles noch dämonischer, vorläufig...«²¹

Barths Artikel – »Theologie um der Theologie willen« (M. Gerber) oder »ein eisernes Wort des Widerstandes« (F. Lieb)?

Wir haben die Beiträge von Gerber und Ragaz betrachtet, um Barths Aufsatz besser nach seinen kirchenpolitischen und politischen Implikationen befragen zu können. Gerbers Angriff ist der schärfste aus dem Kreis der Religiös-Sozialen. Er lehnt trotz des Zugeständnisses, Barth habe Mut gezeigt, diesen Beitrag als unwirksam ab, weil er sich nur auf dem Gebiet der Theologie bewege und nicht über die Kirchenmauern hinwegsehe. Im Gegensatz zu Ragaz bemüht er sich nicht,

eine möglicherweise zwischen den Zeilen stehende politische Dimension zu erkennen.

Ist Gerbers Urteil als Bestätigung einer unpolitischen Barth-Interpretation, wie sie zum Beispiel Scholder und Stoevesandt vorbringen, zu werten, oder gibt es eine Erklärung für Gerbers Angriff?

Betrachten wir die Beziehung der beiden Theologen zueinander, dann überrascht Gerbers harsche Kritik nicht.²² Aufschlußreich ist zum Beispiel ihre Kontroverse anlässlich des »Fall Dehn«. Auftakt ist Gerbers Artikel zum »Fall Dehn«, mit dem er Barth und die dialektische Theologie attackiert.

»...Vor einiger Zeit gab es ein Kesseltreiben der nationalsozialistischen Akademiker gegen den Theologieprofessor Günther Dehn, weil er den im Kriege Gefallenen zu wenig Ehre erwies, indem er fand, sie gehörten nicht just in der Kirche begraben. Nun sah sich Professor Dehn veranlaßt, öffentlich seine Stellungnahme zu erklären. Es ist ganz klar, daß sich dieser dialektische Theologe dagegen verwahrt, zu den "Pazifisten" gerechnet zu werden. Behüte ihn der liebe Gott davor! Das ist jetzt so Mode und Anstandspflicht für jeden Theologen, der etwas auf sich hält ... Welch ein kräftiger Trost [im seligen Stande zu stehen, d. Verf.] für einen Flieger, der den Auftrag erhält feindliche Städte durch Bomben in ein Leichenfeld zu verwandeln, sie erstickend zu machen mit Kindern, Frauen und Greisen. Man braucht wohl nicht mehr zu wünschen, daß eine solche Theologie der Teufel holen möge, denn sie gehört bereits zu seinen Waffen. "Groß Macht und viel List sein grausam Rüstung ist." Dabei fragen sich die Theologen in Deutschland, was sie gegen die Gottlosenbewegung machen sollen und merken nicht, daß viel gefährlicher als aller offene Atheismus diese Sorte von Gottlosigkeit im Gewande der dialektischen Theologie ist. Sie ist nichts anderes als eine Neuaufgabe der Kriegstheologie.«²³

Barth antwortet auf Gerbers Schreiben mit einem geharnischten Brief, der den atmosphärischen Hintergrund von Gerbers Rezension der »Theologischen Existenz heute!« bildet. Er schreibt:

»...Auch euch schweizerischen Pazifisten ist nicht einfach Alles erlaubt: über ferne und

komplizierte Ereignisse und Gestalten in wüster optischer Verzerrung Bericht erstatten, Citate aus dem Zusammenhang reißen bis man den Götzen beieinander hat, den man wieder einmal stürzen will und zum Schluss schimpfen wie ein Kutscher. Das ist aber, was du getan hast und das ist weder mensch-

Abo und Geschenk-Abo »CuS«

Seit 1948 erscheint die Vierteljahresschrift der deutschen Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten: **»Christ und Sozialist/Christin und Sozialistin (CuS)«**

Das Jahresabo kostet DM 20,- (Ausland DM 25,-) incl. Versand. Die tatsächlichen Kosten können durch ein »Förder-Abo« gedeckt werden, um das wir unsere LeserInnen mit eigenem Einkommen bitten. Der Preis für dieses Förder-Abo beträgt DM 30,-, DM 50,- oder mehr. Der Mitgliedsbeitrag im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten beträgt zur Zeit DM 70,- pro Jahr; darin enthalten ist das Abo für »CuS« sowie der Mitglieder-Rundbrief. Beträge über DM 20,- sind steuerlich absetzbar.

Kopieren oder ausschneiden und einsenden an: BRSD, Pf. 25 21, 72015 Tübingen

☐ Ich möchte Mitglied werden im BRSD (Bezug von »CuS« inclusive!)

☐ Hiermit abonniere ich »CuS« ab Heft Nr.:

☐ zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

☐ zum Förderpreis von DM im Jahr.

☐ Hiermit bestelle ich ein Geschenk-Abo von »CuS« ab Heft Nr.: bis

Heft Nr.: /bis auf Widerruf für

Name
und
Anschrift:

☐ zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

☐ zum Förderpreis von DM im Jahr

BestellerIn:

Datum: Unterschrift:

lich noch christlich noch pazifistisch, sondern ganz einfach böse und wüst und im Rahmen keiner Ethik zu rechtfertigen. Die Nazis, lieber Kefir [Max Gerbers Verbindungsname im Schweizer Zofingerverein, d. Verf.], schreiben in Deutschland solche Artikel... Willst du sie bekämpfen – ach du liebe Zeit, sie sehen aus der Nähe ganz anders aus, als du dir vorstellst, gar nicht so "verrückt" wie du meinst, sondern eben nur reichlich dumm – so sei und rede doch vor Allem ein bis(s)chen anders als sie. So wie in diesem Artikel wirst du das Feld sicher nicht behaupten...«²⁴

Gerbers Rezension ist für die Beantwortung unserer Fragestellung nicht sachdienlich. Doch Ragaz' Beitrag in Verbindung mit seiner Lieb-Korrespondenz veranlaßt uns, nochmals Gollwitzers

Hinweis auf »ein ganz politisches, unerhört scharfes Manifest« als Urform der »Theologischen Existenz heute!« aufzugreifen. Liebs vertraulicher Hinweis an Ragaz legt das nahe. Stoevesandts resümierendes Urteil, Barth habe kein derartiges Manifest verfaßt, sondern »... einen dezidierten Aufruf an die Theologen, das Politisieren im vermeintlichen Interesse der Kirche bleibenzulassen und sich der einer Vertauschung gegen politische Kategorien unzugänglichen 'Sache', die die Kirche bekennt, ungeteilt zuzuwenden...«²⁵, ist auf diesem Hintergrund zu überprüfen und schließlich zu revidieren.

In den Ohren Liebs, der wie sein Freund aus dem Schweizer religiösen So-

zialismus stammt, bleibt der radikale Aufruf zum kirchlichen Widerstand im Text trotz Kürzungen erhalten. Deshalb stellt sich entschieden die Frage nach einer anderen Lesart der »Theologischen Existenz heute!« Richtungsweisend für eine andere Interpretation wäre, Barth mehr aus dem Schweizer religiösen Sozialismus zu verstehen. Er selbst gibt den Hinweis, seine Erfahrungen als Verstehenshilfe hinzuzuziehen, die er in Safenwil im Kampf mit einer den ersten Weltkrieg legitimierenden Theologie und Kirche 1914/1915 gemacht hat.

Anhand einer Ansprache Barths am 30. Mai 1933 läßt sich der Zusammenhang mit dem Jahr 1914 herstellen. Barth schärft in der homiletischen Übung seinen Studenten ein, daß nur vom Wort Gottes aus das Sein der Kirche und der eigenen theologischen Existenz gewährleistet sei. Daraus ergibt sich für ihn die Aufgabe:

»Jetzt gilt es sachlich [zu] sein, seine Bibel zu lesen, seine Dogmengeschichte, – seine Dogmatik zu treiben, was erst späterhin für Volk und Kirche wirksam wird, aber dann das Beste ist. Die Lage der Studenten von 1933 ist ähnlich der Lage der Studenten von 1914! Sie wurden von der Arbeit zum Kriege aufgerufen, und doch ist die heutige Lage nicht die gleiche! Wir sind nicht aufgerufen, unsere Hefte wegzulegen, ein Verschieben der konkreten Arbeit gibt es nicht! Jetzt gilt das Schlagwort des Krieges in unserem Sinne: Durchhalten!! als Theologen!! Nicht dürfen wir uns wiegen und treiben lassen von den Meinungen. Es gibt ein Wort Gottes – das hat Bestand und wird bestehen, wir sind dazu berufen, diesem treu zu dienen!«²⁶

Neben dem wörtlichen Hinweis Barths auf 1914 gibt es zusätzlich noch eine weitere Verbindung. Die Art wie Barth dem nationalsozialistischen Absolutheitsanspruch begegnet, seine Anweisungen für Theologie und Kirche, dem Staat jeg-

liche religiöse Legitimation zu entziehen und sich auf die eigene Sache (Gottes Wort) zu besinnen, erinnert an seinen Kampf gegen die deutsche Kriegstheologie im 1. Weltkrieg. Im Herbst 1914 schreibt Barth in einem offenen Brief an Rade:

»...Das was in diesem Augenblick das vom christlichen Standpunkt aus einzig Mögliche wäre, der unbedingte Protest gegen den Krieg überhaupt und gegen all das Menschliche, was ihn herbeigeführt hat... Meinetwegen durch völliges Schweigen, wenn der "harten Realitäten" wegen das Protestieren nicht angeht; Schweigen mit allen religiösen Beziehungen auf das, was die Deutschen jetzt tun müssen wäre auch ein Protest.«²⁷

Nehmen wir diese Verbindungslinie als Ausgangspunkt für unsere Beurteilung auf, läßt sich sagen: Barths Theologie ist an sich schon so radikal, daß jedes darüber hinausgehende eigenmächtige Politisieren nur eine Verharmlosung der revolutionären Kraft ist, die vom lebendigen Gott ausgeht.²⁸ Das ist die Grundlage, die Barth den Rückhalt gibt, Ende Juni 1933 endlich sein Schweigen zu den politischen und kirchenpolitischen Vorgängen in Deutschland zu brechen. Wie schwierig, ja gefährlich, die Situation bereits Sommer 1933 ist, haben wir den Beiträgen von Ragaz, Gerber und Lieb entnehmen können. Den Mut hat er dazu aufgebracht. Mit seinem »Wort zur Sache« setzt er einen ersten wichtigen Impuls zur Konstituierung einer bekennenden und den nationalsozialistischen Gleichschaltungsversuchen widerstehenden Kirche.

Der Weg Barths von einem »impliziten« zu einem »expliziten Widerstand« beginnt.²⁹

1 Meinem theologischen Lehrer Prof. Dr. Dietrich Braun (Berlin) zum 65. Geburtstag gewidmet.

Der Preis des Abos ist am Anfang des Kalenderjahres auf unser Konto beim Postgiroamt Dortmund Nr. 189 389-464 (BLZ 440 100 46) zu überweisen. Leichter geht es für beide Teile, wenn Sie uns eine Abbuchungserlaubnis erteilen (auch »Alt-Abonnent Innen).

KontoinhaberIn:

Anschrift:

Hiermit ermächtige ich den Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. widerruflich

☐ eine einmalige Spende in Höhe von DM ,

☐ die Abo-Gebühr für »CuS« von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

☐ die Gebühr für ein Förder-Abo in Höhe von DM im Jahr von meinem

Konto bei der (Kreditinstitut) ☐

BLZ Konto-Nr. einzuziehen.

Datum:

Unterschrift:

Die Abbuchungsermächtigung bezieht sich auf ein ☐ Neu-Abo ☐ Alt-Abo

2 Gemeint ist die Zeit nach Hitlers Rede auf dem Tempelhofer Feld am 1. Mai 1933.

3 Gollwitzer, Helmut. Reich Gottes und Sozialismus bei Karl Barth. München 2.Aufl. 1978 (ThExNF Nr. 169). S. 59.

4 Auftakt der Kontroverse bildete F. W. Marquards Habilitation »Theologie und Sozialismus. Das Beispiel Karl Barths.« München, Mainz 1972 (3.Aufl. 1985).

5 Scholder, Klaus. Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1 Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934. Frankfurt M., Berlin, Wien 1977. S. 552 f. Hilfreich ist Scholders Arbeit wegen ihrer fleißigen Sammlung zur Wirkungsgeschichte der »Theologischen Existenz heute«. Vgl. S. 556 f.

6 Scholder, Klaus. A.a.O. S. 546 f.

7 Scholder, Klaus. A.a.O. S. 546.

8 Scholder, Klaus. A.a.O. S. 547.

9 Ebd. S. 553.

10 Stoevesandt, Hinrich. »Von der Kirchenpolitik zur Kirche!« In: Jüngel, Eberhard (Hrsg.). Zeitschrift für Theologie und Kirche. (76. Jg.) 1979, S. 118-138.

11 Stoevesandt, Hinrich. A.a.O. S. 136.

12 Ebd.

13 Stoevesandt, Hinrich. A.a.O. S. 136. »Wenn er [Barth] später dazu drängte und für seine Person dazu übergang, das Implizite auch explizit zu machen, so änderte das nichts daran, daß er die Grundlage auch dieser Explikation bleibend in der Verweigerung jeden Respekts gegen andere Mächte als die des Wortes Gottes, in der Ablehnung der Absolutsetzung jeder geschichtsimmanenten Erkenntnisquelle, auch des eigenen (!) politischen Urteils, sah.«

14 Die Schrift kommt am 1. Juli 1933 in den Buchhandel. Vgl. Stoevesandt, Hinrich. A.a.O. Seite 119.

15 Vgl. zum Gespräch Ragaz-Thurneysen: Thurneysen, Eduard. Zum religiös-sozialen Problem. Aussprache zwischen Eduard Thurneysen und Leonhard Ragaz. In: Neue Wege. Blätter für religiöse Arbeit. (21. Jg.) 1927. S. 400-423.

16 Zeugnis des Dialoges zwischen Ragaz und Brunner ist eine fast hundert Briefe starke Korrespondenz, die bisher noch unveröffentlicht geblieben ist.

17 Ragaz, Leonhard. Nachwort. In: Neue Wege. Blätter für religiöse Arbeit (27. Jg.) 1933, Heft 7/8 Juli/August 1933, S. 330.

18 Auch für Ragaz besteht in Gottes Wort die einzige Erkenntnisquelle, dessen Präsenz und Wirksamkeit aber auch jenseits der Kirchenmauern im praktischen Lebensvollzug erkennbar ist. Für die Präsenz im Leben prägt Ragaz den Begriff der Wirklichkeit Gottes, die vom Wort Gottes nicht so stark zu trennen ist, wie es oft in der dialektischen Theologie praktiziert worden ist. Auf der Konferenz in Bad Lauterbach 1927 thematisieren Thurneysen und Ragaz die Frage nach dem Verhältnis von Wort und Wirklichkeit Gottes. Vgl. dazu: »Zum religiös-sozialen Problem. Aussprache zwischen Eduard Thurneysen und Leonhard Ragaz. II. Antwort von Leonhard Ragaz.« In: Neue Wege. Blätter für religiöse Arbeit. (21. Jg.) 1927. S. 413. Die problematische Seite von Ragaz' Position zeigt Arnold Pfeiffer auf. Vgl. Pfeiffer, Arnold. (Hrsg.) Religiöse Sozialisten. Olten, Freiburg i.B. 1976, S. 150.

19 Gerber, Max. Von Kirchen und Theologen. In: Der Aufbau. Sozialistische Wochenzeitung. (14. Jg.) 1933 vom 25.8.1933. S. 266.

20 Nachlaß L. Ragaz Staatsarchiv Zürich W 67.112 F. Lieb. Der Brief von Lieb ist undatiert, jedoch kann mit Sicherheit angenommen werden, daß er ihn im Oktober 1933 verfaßt hat. Die Antwort von Ragaz (datiert entweder am 18. oder 19.10.1933, eine Zahl ist unleserlich) erfolgt sofort, wie er in seinem Antwortbrief betont, damit Lieb ihn ohne eigene Gefährdung noch in Paris erhalten kann.

21 Brief von Leonhard Ragaz an Fritz Lieb vom 18. oder 19.10.1933. In: Nachlaß Fritz Lieb. Universitätsbibliothek Basel, Aa 897,6.

22 Es würde an dieser Stelle zu weit führen, wenn wir bis zu ihrem gemeinsamen Engagement in der Schweizer religiös-sozialen Bewegung zurückgehen.

23 Gerber, Max. Zur Weltlage. In: Der Aufbau. Sozialistische Wochenzeitung. (13. Jg.) 1932 vom 4.3.1932, S. 37.

24 Karl Barth an Max Gerber, Brief vom 22.3.1932. In: Nachlaß Max Gerber Sozialarchiv Zürich Ar 124.13 (Korrespondenz 1).

25 Stoevesandt, Hinrich. A.a.O. S. 136.

26 Stoevesandt, Hinrich. Einleitung. In: Barth, Karl. Theologische Existenz heute! (1933) (Hrsg. u. eingeleitet v. H. Stoevesandt) (ThExNF. Nr. 219) München, 1984. S. 11.

27 Barth, Karl. »Auseinandersetzungen. 1. Briefwechsel von Karl Barth und Martin Rade.« In: Neue Wege. Blätter für religiöse Arbeit (8. Jg.) 1914, S. 430 f.

28 Vgl. Barth, Karl, Der Römerbrief. (Erste Fassung) 1919. (Hrsg. H. Schmidt) (GA II.16). Zürich 1985. S. 19. Zu Röm 1,17 schreibt Barth: »Es ist Kraft ausgegangen von Gott in der Auferstehung des Christus von den Toten. Das ist's, was hinter uns steht, ganz abgesehen vor allem was wir sind, denken und treiben. Keine Theorie wird hier aufgerichtet, keine abstrakte Moral gepredigt, kein neuer Kultus empfohlen... Würde es sich nur darum handeln, dann müßten wir uns allerdings bald "schämen", dann ständen wir nicht konkurrenzlos da, dann müßten wir der Welt erliegen, sobald ihre Kräfte gegen uns ins Spiel träten. Denn in der Welt sind auch Kräfte (8,38) und die sind stärker als unsre Ideen. Aber wir haben nicht Ideen hinter uns, sondern die Kraft aller Kräfte, die darum auch die Idee aller Ideen ist: die Kraft Gottes.«

29 Vgl. Barth, Karl. »An die deutschen Theologen in der Kriegsgefangenschaft.« 1945. [vom 8.7.1945] In: Karl Barth, Offene Briefe. 1945-1968. (Hrsg. D. Koch) (GA V.15). Zürich 1984, S. 50/51. »... In meine Heimat zurückgekehrt, bin ich - ich muß Ihnen auch das gestehen - einer der Entschlossensten unter denen gewesen, die besonders seit 1938 für den inneren und äußeren, den christlichen und politischen Widerstand gegen - ja leider gegen die deutsche Propaganda, den deutschen Einfluß, die deutsche Bedrohung eingetreten sind. "Deutsch" war ja nun leider identisch geworden mit "nationalsozialistisch", und Nationalsozialismus war das vollendete Unrecht, zu dem ich nun allerdings nicht nur implizit ("im Raum der Kirche"), sondern explizit (von der Kirche aus in die Welt hinein), nicht nur privat ... , sondern in aller Öffentlichkeit ... Nein sagen mußte und Nein gesagt habe...«

Beim Bundesbüro sind folgende Materialien (geeignet zum Verteilen in Bekanntenkreis, Schule, Uni, Kirchengemeinde) kostenlos zu beziehen:

1. »Von Rostock nach Sachsenhausen - und wohin dann?«

Flugblatt zu Rechtsradikalismus und Flüchtlingspolitik in der BRD. (herausgegeben von BRSD und Initiative Christliche Linke)

2. »Bundeswehr weltweit? Wir sagen nein!«

Flugblatt von BRSD und ICL gegen Out of area-Einsätze der Bundeswehr und eine Auseinandersetzung mit dem »gerechten Krieg«.

3. »Soziale Marktwirtschaft - Heil für die Welt?«

Dieses Flugblatt, das von unserer Regionalgruppe Nord formuliert wurde, setzt sich kritisch mit der »Wirtschaftsdenkschrift« der EKD auseinander.

4. »Alle reden vom Wetter - wovon reden die ReSoS?«

Werbeblatt mit Kurzdarstellung des Bundes.

5. »Kein C&S mehr - ohne mich!«

Werbeblatt für Christ und Sozialist.

Bestellungen bitte mit Angabe der Nummer und der gewünschten Anzahl an unsere Bundesadresse.

Unsere Anschrift mit neuer PLZ lautet: B.R.S.D. e.V., Postfach 2521, 72015 Tübingen

Jahrestagung

Die diesjährige Jahrestagung fand vom 22. bis 24.10 im Arbeiterbildungszentrum in Gelsenkirchen-Horst statt. Alle Regionen und Gruppen des BRSD waren vertreten. Bedauert wurde, daß aus NRW, bis 1989 Zentrum des BRSD, kaum jemand anwesend war. Auffällig war die seit 1989 erfolgte Verjüngung des aktiven Teils der Mitgliedschaft, wobei die Integration der Generationen gelungen ist. Der Anteil der Frauen war demgegenüber zu niedrig, was auf Versäumnisse der Vergangenheit und auf aktuelle Defizite hinweist. In dem Teil der Tagung, der der satzungsgemäß vorgeschriebenen Mitgliederversammlung diente, wurde im 2. Anlauf beschlossen, die männliche Sprache in Bundesnamen, Satzung und »Vorläufigen Leitsätzen« zu ändern. Dies war bereits im Vorjahr beschlossen worden, konnte aber aufgrund des formalen Einspruchs aus Ostwestfalen, hierbei sei es nicht satzungsgemäß zugegangen, nicht ausgeführt werden. Dies hatte im Vorstand zu Turbulenzen geführt. Auf dieser Mitgliederversammlung war kein Kritiker anwesend, so daß erneut der einstimmige Beschluß vom Vorjahr bekräftigt wurde. Diesmal aber mit allen vom bürgerlichen Recht vorgeschriebenen Verfahrensweisen. Gleichzeitig wurde die Bundesatzung auf das gesetzlich vorgeschriebene Maß verkleinert, so daß der Bund künftig mit der Satzung arbeiten kann, und nicht durch diese gehindert wird.

Dem Vorstand, der noch 2 Jahre amtiert, wurde die notwendige Zwischenentlastung erteilt. Es wurde allgemein begrüßt, daß sich »CuS- Christin und So-

zialistin/Christ und Sozialist«, wie unser Bundesorgan vom nächsten Jahr an heißen wird, inhaltlich und gestalterisch wesentlich verbessert hat, der Verkauf und die Abo-Entwicklung demgegenüber aber nicht mitgewachsen sind. Wir werden in der nächsten Zeit wesentliche Anstrengungen unternehmen müssen, um unser Organ zu sichern. Hierbei werden wir auch auf die Mithilfe unserer »Diaspora-Mitglieder« und derjenigen, die nicht aktiv mitarbeiten können, angewiesen sein.

Der Vorstand zeigte sich erfreut darüber, daß immer mehr Aufgaben von den Regionen und Gruppen übernommen worden sind, und so jede Gliederung Arbeitskapazitäten in die überregionale Arbeit investiert. So werde der Bund tatsächlich von den MitarbeiterInnen getragen und die Bundesleitung fungiert als Koordinationszentrum. Bezüglich der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen faßte die MV den folgenden Beschluß:

Bilanz und Perspektive der Fusionsdiskussion des BRSD mit den Christen für den Sozialismus und der ICL.

Vor nunmehr 2 Jahren machten wir Cfs-Deutschland den Vorschlag, einen Prozeß des Zusammenwachsens zu beginnen, der, so unsere Hoffnung, zu einem Zusammenschluß unserer beiden Organisationen führen sollte. Nach massiver Ablehnung von einflußreichen Teilen von Cfs, die für uns unerklärlich war und die wir inhaltlich nicht nachvollziehen konnten, hatten wir kaum noch Hoff-

nung auf eine positive Wendung. Zur Jahrestagung 1992 erhielten wir dann von der Cfs-Delegiertenkonferenz (DK) ein Schreiben, in dem uns mitgeteilt wurde, daß

a.) der eindeutige Ablehnungskurs uns gegenüber, der bis zu einer Verweigerung von Gesprächen ging, nicht durchgängig bei Cfs geteilt wurde.

b.) der Wunsch mit uns zu reden und den Kontakt zu intensivieren, zumindest bei den Anwesenden dieser Cfs-DK mehrheitsfähig war.

c.) daß Cfs eine Verhandlungsgruppe benennt, die mit uns Gespräche führen soll.

Wir haben darin ein Zeichen gesehen, daß die Ablehnungsfront bei Cfs in die Minderheit geraten war. Dies war eine Fehleinschätzung. Seit einem Jahr haben wir von Cfs außer Gerüchten nichts mehr gehört. Wir stellen nach 2 Jahren fest, daß unser Versuch, die schwachen Kräfte der christlichen Linken zu bündeln, bezüglich Cfs gescheitert sind. Demgegenüber ist der Annäherungs- und Verständigungsprozeß von BRSD und Initiative Christliche Linke vorangekommen. Wir halten es nicht nur für möglich, sondern für wahrscheinlich, daß im nächsten Jahr der Zusammenschluß unserer beiden Gruppen erfolgt. Wir wünschen uns, daß von der neuen, vereinten Organisation ein deutlicher Impuls an die Individuen und Regionalgruppen von Cfs ausgeht, um deutlich zu machen, daß wir auch nach dem Nichtbeginn und dem Scheitern der »Spitzenverhandlungen« an einem weiteren Zusammenschluß interessiert sind.«

Den zweiten Teil der Tagung mit dem Thema »Welchen Sozialismus woll(t)en wir?« hatte unsere Regionalgruppe Hamburg/Norden ausgezeichnet vorbereitet. In drei Gruppen beschäftigten wir uns mit dieser Frage, sowohl anhand der Kritik der Ware und des Geldes, wie der

(praktischen) Kritik der Kulturindustrie und der künftigen Strategie einer sozialistischen Linken. Diese Diskussion soll im Frühjahr auf einer weiteren Tagung fortgeführt werden. In dem Gottesdienst am Sonntagmorgen, in dem auch des verstorbenen Freundes unseres Bundes, Helmut Gollwitzer, gedacht wurde, flossen die Arbeitsergebnisse ein. Wie sollten wir diesen Gottesdienst besser beschreiben, als durch eine Äußerung einer Bundesgenossin an diesem Morgen: »Man sollte öfter Mitgliederversammlungen besuchen, um schöne Gottesdienste erleben zu können.« Als wir nach dem Ende der Tagung in unsere Regionen zurückfuhren, taten wir es mit dem Gefühl, ein gutes Wochenende verbracht zu haben und gestärkt wieder an die Basisarbeit zu gehen.

Arbeitsgruppe der Jahrestagung des BRSD

»Dialog« mit dem 73. Psalm

Fast hätte ich daran geglaubt, daß der Kapitalismus das Ende der Geschichte sei.

V.2: »Ich aber wäre beinahe gestrauchelt, um ein kleines, so wäre mein Fuß ausgeglitten.«

Ich empörte mich über diejenigen, die ihren vermeintlichen Sieg lautstark beklatschten und vom Ende des Sozialismus sprachen.

V.3+4: »Denn Eifer wider die Übermütigen ergriff mich, da ich sah, wie es den Gottlosen so wohlging: sie leiden keine Qualen; gesund und wohlgenährt ist ihr Leib.«

Sie sind nicht arbeitslos, arm und abhängig von Sozialhilfe.

V.5: »Von der Mühsal der Sterblichen sind sie frei, sie sind nicht geplatzt wie andere Menschen«.

Sie schwingen ihre Sonntagsreden vom kollektiven Freizeitpark.

V.6 u. 7: »Darum ist Hoffart ihr Halsgeschmeide, Gewalttat das Gewand, das sie umhüllt. Aus der Verstockung kommt ihr Unrecht, es überwallen die Anschläge ihres Herzens.«

Sie benutzen Worte wie Standortsicherung, Wettbewerbsfähigkeit, Solidarpakt und Konsolidierungsprogramm und meinen doch in Wirklichkeit Umverteilung von unten nach oben.

V.8+9: »Sie höhnen und reden in Bosheit: Verkehrtes reden sie von oben herab. Sie erheben gegen den Himmel ihr Maul und lassen auf Erden ihrer Zunge den Lauf.«

Sie schielen auf Karriere und Dienstwagen, hängen ihr Mäntelchen in den

Wind und prahlen: wer was leistet, darf sich auch was leisten.

V.10+12, 20-24, 28: »Darum wendet sich ihnen das Volk zu und schlürft Wasser in Fülle und spricht: Wie wüßte es Gott? Wie wäre Wissen beim Höchsten? Siehe, so treiben es die Gottlosen! Immer im Glück, häufen sie Reichtum. ... Wie man einen Traum verachtet beim Erwachen, wirst du, Herr, wenn Du Dich aufmachst, ihr Bild verachten. Als mein Herz erbittert war, und es mich stach in meinen Nieren, da war ich dumm und ohne Einsicht, war wie ein Tier vor Dir. Nun aber bleibe ich stets bei Dir, du hältst mich bei meiner rechten Hand. Du leitest mich nach deinem Ratschluß und nimmst mich hernach in die Herrlichkeit. ... Mir aber ist es köstlich, Gott nahe zu sein; ich setze meine Zuversicht auf Gott, den Herrn, und verkünde alle deine Werke.«

Wir trauern um Herbert Sorgius

Schon wieder hat der Tod uns ein altes Mitglied genommen. Herbert Sorgius, langjähriger Mitstreiter unseres Bundes und Aktiver in unserer schwäbischen Regionalgruppe, ist am 24. November verstorben. Bis zuletzt nahm er an unserer Arbeit Anteil und versuchte uns mit seinen Erfahrungen zu unterstützen. Und er hatte reichhaltige Erfahrungen gemacht. Am 24.2.1912 als Sohn einer pietistischen Familie geboren, erlernte er das Buchbinderhandwerk. Früh engagierte er sich im CVJM, aber das genügte ihm bald nicht mehr. »Es war mir klar: Wenn man Christus nachfolgen will, muß ich das im All-

tag zum Ausdruck bringen«. In der Fachzeitung für Buchbinder liest er 1932, daß der »Rhön-Bruderhof« einen Buchbinder sucht. Dieser Bruderhof, geleitet von der charismatischen Gestalt Eberhard Arnold, verstand sich als urkommunistische, urchristliche Agrar- und Produktionskommune. Herbert bewirbt sich und wird Mitbewohner des Hofes. Hier lebt er bis 1937.

Im April 1937 wird der Bruderhof, der sich mittlerweile, inspiriert durch Eberhard Arnold, den »hutterischen Brüdern« angeschlossen hatte, von der Polizei beschlagnahmt und aufgelöst. Die noch ver-

bliebenen BruderhöflerInnen werden als Mitglieder einer »pazifistischen und internationalen Gemeinschaft« zu unerwünschten Personen erklärt und müssen Deutschland innerhalb von 24 Stunden verlassen. Herbert zieht mit den anderen BruderhöflerInnen nach Paraguay, wo ein neuer Hof aufgebaut wird. Bis 1961 ist er hier tätig. Aufgrund von internen Entwicklungen innerhalb der Hutterer und der Bruderhöfe, die er ablehnt, verläßt er in diesem Jahr den Hof und kehrt nach Deutschland zurück, wo er wieder in seinem Beruf arbeitet. Hier fand er An-

schluß an unseren Bund. Auch als Rentner blieb er rührig. Uns hat besonders imponiert, daß er als Mitstreiter der »Senioren für den Frieden« die Raketenstellung in Mutlangen mitblockierte. Wir haben Herbert Sorgius als bescheidenen Menschen geschätzt, der immer zur Stelle war, wenn es galt für die Ziele des Nazareners einzutreten.

Zum Abschied möchten wir ihm ein Wort des von ihm geliebten Christoph Blumhardt widmen: »Das ist der heilige Geist: die Liebe Gottes zur Welt«

Ulrich Peter



die uns interessieren

Wolf Dieter Just (Hg.): **Asyl von unten**. Kirchenasyl und ziviler Ungehorsam – Ein Ratgeber – rororo aktuell, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg 1993, 222 Seiten, 12,90 DM

Siegfried Heimann/Franz Walter: **Religiöse Sozialisten und Freidenker in der Weimarer Republik**.

Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn, 1993, 392 Seiten, Preis 98,- DM

Wolf Dieter Just (Hg.)

Asyl von unten

Kirchenasyl und ziviler Ungehorsam

»Ihr, die sogenannten illegalen Ausländer, sollt wissen, daß kein Mensch »illegal« ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder schön, sie können gerecht sein oder ungerecht, aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?

Seitdem im Juli dieses Jahres die Demontage des Grundrechts auf Asyl in Deutschland praktisch zur Anwendung gekommen ist, ist die Diskussion über dieses Thema in der Öffentlichkeit abrupt abgebrochen. Sind die Probleme etwa nun gelöst? Kehrt nun eine stille Erleich-

terung auch bei denen ein, die vorher alles getan haben, um die Demontage zu verhindern. Auch CuS (vgl. Heft 4/91, 3-4/92 und 1/93) dokumentierte die Argumentation für eine Beibehaltung des Grundrechts.

Doch das Buch »Asyl von unten« zeigt, daß Christen in Deutschland, die es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können, die neue inhumanere Asylrealität einfach so hinzunehmen, gerade jetzt noch mehr zum praktischen Handeln herausgefordert sind. Seit Beginn der achtziger Jahre haben sich immer häufiger einzelne evangelische und katholische Kirchengemeinden der zunehmend rigoroseren Abschiebepaxis der Behörden gegenüber Flüchtlingen durch Gewährung von Kirchenasyl entgegengestellt. Kirchenasyl bedeutet: Eine Gemeinde entschließt sich, Flüchtlingen, die von Abschiebung bedroht sind, in ihren Räumen Schutz vor dem Zugriff der Behörden anzubieten, weil begründete Zweifel an der Behördenentscheidung bestehen und dennoch alle Vermittlungsversuche gescheitert sind. Viele Menschen helfen, die Flüchtlinge rund um die Uhr zu betreuen, eine öffentliche Diskussion über ihr Schicksal in Gang zu bekommen, um doch ein Bleiberecht zu erwirken. Auf diese Weise wurde in den letzten Jahren 1900 Menschen Kirchenasyl gewährt; fast alle konnten danach in der Bundesrepublik bleiben.

Das Buch ist nun als Information und Ratgeber für alle gedacht, die durch Kirchenasyl der neuen staatlichen Asylpolitik ihren zivilen Ungehorsam entgegenzusetzen wollen, indem sie von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge dem behördlichen Zugriff entziehen.

In Grundsatzessays unter anderem von Elie Wiesel werden die ethischen und politischen Motive der neuen restriktiven Asylpolitik in ihrer Inhumanität

trotz aller gegenteiligen Beteuerungen entlarvt. Anschließend wird die theoretische Grundlage des Kirchenasyls aus der biblisch-theologischen wie auch aus der juristischen Perspektive erörtert. Sowohl vom alttestamentlichen Fremdenrecht her (siehe den Artikel von Frank Crüsemann) als auch aus der Praxis der alten Kirche, die ihre Wurzeln im antiken Hellenismus hat, lassen sich Linien zum heutigen theologischen Selbstverständnis des Kirchenasyls ziehen. Aber auch zivilrechtlich läßt sich Kirchenasyl im Rahmen von zivilem Ungehorsam und der Bekenntnis- und Religionsfreiheit begründen. Dadurch werden Wege aus den ethischen und strafrechtlichen Problemen aufgezeigt, die beim Kirchenasyl unvermeidlich sind.

In einem zweiten Teil werden verschiedene Beispiele aus der Praxis im Inland und im Ausland geschildert. Dabei werden auch die negativen Erfahrungen nicht ausgeklammert, wenngleich die Gesamtbilanz doch sehr positiv ausfällt. Nicht nur, daß den Flüchtlingen zumeist geholfen werden kann. In den meisten Fällen wächst die Gemeinde bei der gemeinsamen Kraftanstrengung bei einem Kirchenasyl stärker zusammen und entdeckt neu ihren Sinn als Gemeinschaft in der Nachfolge Jesu Christi, welcher selbst Flüchtling war und sich in seinem Leben auf die Seite der Bedrängten, Entrechteten und Verfolgten gestellt hat. Da ein Kirchenasyl automatisch das Interesse der Öffentlichkeit erweckt, wird meist die Diskussion über die Asylproblematik neu entfacht und dabei oft mit positivem Ergebnis. Es wird aber auch deutlich, daß für den Erfolg eine gute Organisation und eine breite Basis von Solidarität in der Gemeinde vonnöten ist. Die Vernetzung von aufnahmebereiten Gemeindegruppen ist in Deutschland nur zum Teil regional, z.B. in Berlin, gegeben und in

Ländern wie den U.S.A., der Schweiz und den Niederlanden viel weiter fortgeschritten.

Bilanzierend läßt sich feststellen, daß Kirchenasyl gerade in Deutschland nach der Änderung des Grundgesetzes mit der fragwürdigen Drittstaatenregelung ein wichtiges potentielles Arbeitsfeld für ChristInnen darstellt, die Menschen hel-

fen wollen, denen trotz der Gefahr von Folter, Gefängnis, ethnischer Diskriminierung oder Vergewaltigung die Abschiebung droht. Im Kirchenasyl vereinen sich im Handeln die konkrete Zuwendung zum bedrängten Individuum einerseits und das Arbeiten an gesellschaftspolitischer Veränderung andererseits.

Oliver Vogelsmeier

Siegfried Heimann/Franz Walter

Religiöse Sozialisten und Freidenker in der Weimarer Republik

Mit diesem Band endet die Publikation einer auf 4 Bände angelegten Reihe mit Veröffentlichungen über »Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik«. Seit 1990 waren im Rahmen eines Forschungsprojektes bereits Darstellungen über die »Sozialistischen Akademiker« (1990), die »Sozialistischen Gesundheits- und Lebensreformverbände« (1991) und die »Arbeiter-sänger und Volksbühnen der Weimarer Republik« (1992) erschienen. Diese Reihe hat alle Aussichten, sich zum Standardwerk zu entwickeln und so war ich sehr gespannt auf den Abschlußband. Wer sich mit der Geschichte des religiösen Sozialismus in der Weimarer Republik und dort speziell mit der Geschichte des Bundes der religiösen Sozialisten (BRSD) beschäftigt, wird das Fehlen einer Gesamtdarstellung schmerzhaft vermissen. Obwohl eine kaum noch zu überblickende Zahl von Einzeldarstellungen publiziert worden ist, steht eine Überblicksdarstellung bislang aus, wenn man von Arnold Pfeiffers bereits 1976 veröffentlichten, und immer noch sehr wichtigen Band »Religiöse Sozialisten« absieht, der in der Reihe »Dokumente der Weltrevolution«

erschienen ist. Zur Freidenkerbewegung gibt es u.a. Arbeiten von Hartmut Wunderer und Jochen Christoph Kaiser, aber auch hier fehlt eine Gesamtgeschichte.

Nach der Lektüre des Buches von Heimann und Walter wird offensichtlich, daß auf diese Gesamtdarstellung der Freidenkerbewegung weiterhin gewartet werden muß. Von der Vielzahl der verschiedenen, divergierenden, sich oftmals bekämpfenden Freidenkergruppierungen wird ausschließlich der »Bund der freien Schulgesellschaften« behandelt. Daß dieser Bund quasi stellvertretend für die komplexe Freidenkerbewegung zu bearbeiten ist, möchte ich bezweifeln.

Demgegenüber wird die Geschichte des BRSD auf 262 Seiten ausführlich dargestellt. Heimann ist Profanhistoriker und Sozialwissenschaftler und sein erklärtes Interesse ist die Einordnung dieser Bewegung als Teil der Arbeiterbewegung und ihres Milieus. Er stellt das Selbstverständnis und die Programmatik dar, untersucht die praktische Politik des BRSD und seine organisatorische und politische Entwicklung in den verschiedenen Ländern Deutschlands – sowohl die »Hochburgen« wie Baden und Thürin-

gen, wie auch die Reso-Diaspora im Saarland und in Bayern. Er beschreibt die Geschichte als solche und nicht anhand der Biographie eines oder weniger »BRSD-Prominenter«. Bemerkenswert ist die Darstellung der Nebenorganisationen des Bundes wie etwa der »Bruderschaft sozialistischer Theologen«. Wer sich ohne große Vorinformationen mit dem Thema »BRSD-Geschichte« befassen will, wird dieses Buch mit Gewinn lesen.

Für uns als heutiger BRSD ist es wichtig, daß unsere Geschichte nicht mehr »unter ferner liefen« abgehandelt und in der Registratur für historische Absonderlichkeiten abgelegt ist, sondern durch die Aufnahme in diese »seriöse« Reihe aufgewertet (wie ich finde zurecht bewertet!) und in den »mainstream« der Arbeiterbewegungsgeschichte eingeordnet ist. Soweit zum »Licht«. Das alte Sprichwort »Wo viel, Licht ist, da ist auch viel Schatten«, gilt auch hier. Heimann hat die bisher erschienenen Regionalstudien zusammenfaßt, das »Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes« ausgewertet, aber selbst kaum eigene Archivstudien durchgeführt und vieles bereits Erschienene nicht wahrgenommen. Dies ist erklärlich und nachvollziehbar, ist doch für ihn die Beschäftigung mit dem religiösen Sozialismus ein Arbeitsgebiet unter mehreren gewesen. Dieser erklärbare Mangel schmälert den wissenschaftlichen Wert des Buches doch um einiges, vor allem, wenn ich daran denke, daß künftig in Seminar- und Examensarbeiten dieses Buch als Standardwerk fungieren wird.

Mich hat erstaunt, wieviel Fehler ein Buch mit einem derartigen Anspruch enthalten kann. Fehler allerdings, die nur die kleine Zunft der Personen bemerkt, die selbst wissenschaftlich mit der Geschichte des religiösen Sozialismus und des BRSD beschäftigt sind. Da werden ständig neue religiöse SozialistInnen »ge-

boren«, die dann im Personenregister völlig neue Genealogien begründen. Da entwickelt sich der NEUWERK-Exponent Otto Herpel zur Trinität Otto Herpel/Otto Härtel/Otto Hertel. Norman Körber tritt sowohl unter diesem Namen, wie auch als Norman Köhler auf.

Da wird die Ortsgruppe Halle in der damaligen Provinz Sachsen, die im Weimarer Bund zum Landesverband Preussen gehörte, zum Landesverband Anhalt geschlagen, wohl, weil Halle heute politisch zum Land Sachsen-Anhalt gehört. Der Landesverband Anhalt, einer der ganz wenigen Bereiche, wo der BRSD fast flächendeckend existierte, eine eigene spezielle Zeitschrift mit dem Titel »Der religiöse Sozialist in Anhalt« herausgab und bei Kirchenwahlen erfolgreich abschneidet, wird, für mich unverständlich, unter die »Diaspora« eingereiht.

Namen sind offensichtlich nicht mit den üblichen Hilfsmitteln wie Adressbücher etc. überprüft worden. Anders kann ich mir die Verwechslung des Charlottenburger religiösen Sozialisten und Röntgentechnikers Adolf Grimme, der in den zwanziger Jahren als Funktionär amtierte, mit dem gleichnamigen Minister und Namensgeber des späteren Fernsehpreises nicht erklären. Ich habe bei der Erstellung dieser Rezension sechs Seiten sachliche Fehler aufgeschrieben und zwei Seiten inhaltliche Anmerkungen, die natürlich den Umfang einer Rezension sprengen würden. InteressentInnen können sie gegen Rückporto bei mir erhalten.

Als Fazit möchte ich festhalten, daß ich über das Erscheinen dieses Buches froh bin. Es stellt einen großen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Stand dar. Die gewünschte wissenschaftliche Gesamtgeschichte steht weiterhin noch aus. Deren künftige AutorInnen werden es aber, dank Heimann, einfacher haben, als er.

Ulrich Peter

In der Zeitschrift »Der Religiöse Sozialist« (Nr. 51 v. 18.12.32) erschien folgende Betrachtung Bernhard Görings (BRSD-Vors. 1931-32), die wir gekürzt wiedergeben.

Weihnachten 1932

In wenigen Tagen werden wieder ... in Stadt und Land die Glocken der Kirchen erklingen und auffordern, das Weihnachtsfest zu begehen. Dieses Fest, das sich in den Herzen der Menschen von Generation zu Generation über die Jahrhunderte einen besonderen Platz gesichert hat, das in Zeit und Form verstand, sich den Traditionen ganzer Völkerschaften anzupassen ...

Einst ein Volksfest, Tag der Freude für jung und alt, für alle Schichten, heute eine Veranstaltung für einen immer begrenzteren Kreis wohlhabender Menschen. Die kapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft hat auch das Gesicht des Weihnachtsfestes grundsätzlich geändert. Die Botschaft, die vor mehr als 1900 Jahren der Welt verkündet wurde: »Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen«, ist heute für Millionen ohne Inhalt. Sicher entgegen dem Willen des Mannes, der davon sprach, daß die Mühseligen und Beladenen bei ihm Zuflucht suchen sollten, ... der scharfe, zornige Worte fand, wenn er mit den damals bestehenden Kreisen abrechnete.

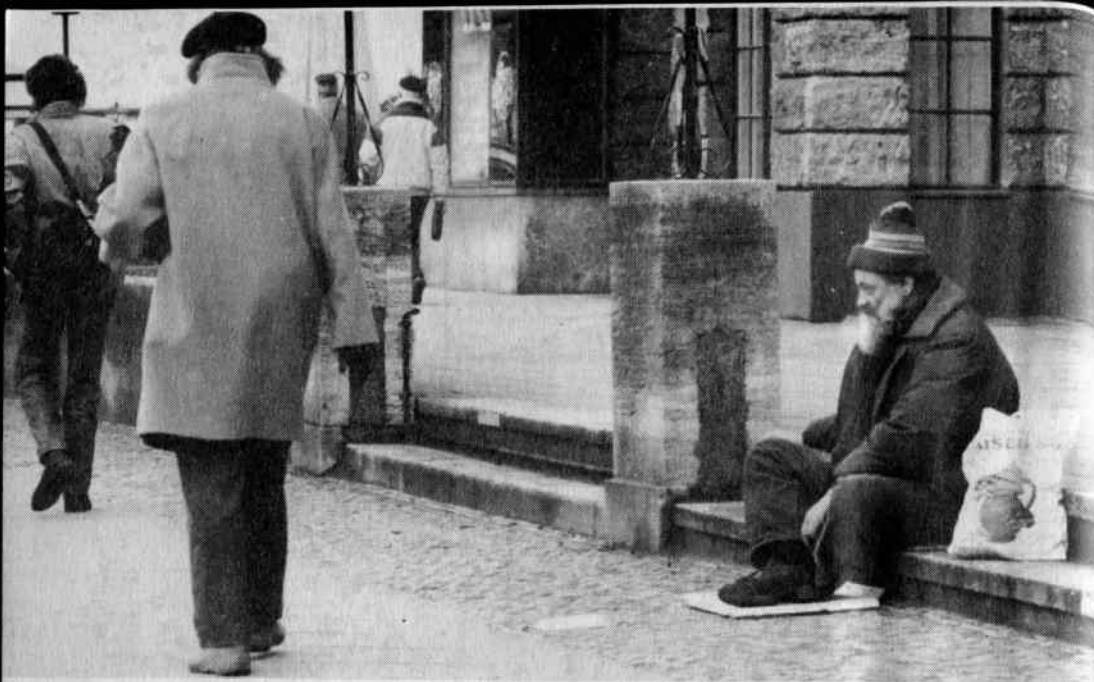
In Deutschland sind wir jetzt mit Hilfe jener Kräfte, die sich mit der kapitalistischen Wirtschaft verbunden haben, die sie stützen, soweit, daß ein Weihnachtsfrieden vom Staat befohlen werden muß. Die sozialen Zustände entstanden aus einer falschen, die Menschen mißhandelnden Wirtschaftsform, haben breite Volksmassen ins Elend gestürzt. ... Nach den amtlichen Angaben über die Lage des Arbeitsmarktes wurden Ende September 1932 durch die Arbeitslosenversicherung 600.000, durch die Krisenfürsorge 1,2 Millionen, durch die Wohlfahrt 2,1 Mil-

lionen unterstützt. 1,2 Millionen Arbeitslose sind ohne jede Unterstützung, 2 Millionen Arbeitslose sind schätzungsweise überhaupt nicht registriert. Wovon die letzteren drei Millionen Nichtunterstützte leben, weiß niemand. Die von den Unterstützungseinrichtungen Erfassten müssen mit wenigen Mark ihr Dasein fristen. So erhält der alleinstehende Arbeitslose ... als Wohlfahrtserwerbsloser günstigenfalls 7,85 RM, das Ehepaar 11,75 RM. ...

So entbehren Millionen, Hunderttausende stehn gerade in Erinnerung an Weihnachtsfeierstunden vergangener Jahrzehnte vor letzten verzweifelten Schritten. Blasse Kindergestalten drängen durch die Straßen..., stehen verschüchtert vor den Ausstellungsgegenständen der Kaufläden und ihre Väter und Mütter pressen die Zähne zusammen, und manches harte Männerherz ist in den Weihnachtstagen dem Zerschellen nahe.

Der aber, dessen Geburt Anlaß zu diesem Fest ist, rief der Menschheit zu: »Siehe, ich mache alles neu.« Er wollte und will die Zustände dieser Welt von Grund auf ändern. ...

Die Tage vor dem Weihnachtsfest zwingen uns zu äußerster Solidarität. Jetzt müssen wir mit dem Arbeitskollegen, dem Arbeitsbruder teilen. ... Mit dem großen Heer der darbenenden Proletarier verbindet uns der tiefste Gedanken des Weihnachtsfestes, die Liebe, verbindet uns die Sehnsucht: sich den Weg gemeinsam zu schaffen, daß die Zeit nicht zu fern ist, in der Glocken und Fanfaren den Sieg unserer Sache und damit die Befreiung der Menschheit aus der Umklammerung einer unmenschlichen Wirtschaftsordnung verkünden.



Obdachloser auf dem Kurfürstendamm in Berlin
**Armut in Deutschland: Im öffentlichen Bewußtsein
 verdrängt, aus dem Stadtbild vertrieben**
Räumung der Wagenburg in Berlin



AutorInnen

Klaus Bajohr ist Vikar in Berlin und Doktorand im Fach Kirchengeschichte
 Königsberger Straße 4, 12207 Berlin

Helke Bethe und Matthias Nauerth arbeiten in Hamburg
 in der Sozialarbeit
 Akazienweg 15, 25474 Ellerbek b. Hamburg

Dietrich Braun ist Professor am Institut für Evangelische
 Theologie der FU Berlin
 Albertinenstraße 5, 14165 Berlin

Angela König war Mitarbeiterin der ESG-Bundesgeschäftsstelle
 und ist derzeit für die Evangelische Frauenarbeit tätig
 c/o CuS-Redaktion

Christa und Ulrich Peter. Christa arbeitet als Religionslehrerin in
 Berlin, Ulrich ist evangelischer Theologe und Pädagoge in Berlin
 und in der Bildungsarbeit tätig; beide sind in der Regionalgruppe
 Berlin des BRSD aktiv.
 Albertstraße 1, 10827 Berlin

Christian, c/o CuS-Redaktion

Fulbert Steffensky ist Professor für Evangelische Theologie
 in Hamburg
 Roosens Weg 7, 22605 Hamburg

Oliver Vogelsmeier ist Theologiestudent und in der Regional-
 gruppe Berlin des BRSD aktiv
 Brückenstraße 5a, 10179 Berlin

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politi-
 schen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktua-
 lisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung
 religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um
 die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechen-
 den Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über un-
 verlangt eingesandte Manuskripte.** Auch Texte, die der Mei-
 nung der Redaktion nicht entsprechen, dafür aber für unsere Le-
 serinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gle-
 iches gilt für Leser/innenbriefe. Wer regelmäßig bestimmte fremd-
 sprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Arti-
 kel zur Übersetzung vorschlagen.

Technik: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben
 wir keine Zeit für das Übertragen von Manuskripten auf Diskette.
 Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden.

– Am liebsten in Word oder winword auf einer 3 1/2-Zoll-Di-
 skette, wobei der Text unformatiert sein sollte (also kein Blocksatz,
 keine Trennungen, Absätze etc. Wir müssen sonst beim Lay-out
 alle Formatierungen wieder herausnehmen). Auch andere Text-
 programme (z.B. wordperfect, works), soweit sie IBM-kompatibel
 sind, können wir verarbeiten.

– Sollte kein PC zur Verfügung stehen, erbitten wir eine sau-
 bere Schreibmaschinenfassung auf weißem Papier, damit wir den
 Text einscannen können. Für uns würde dies eine erhebliche Ar-
 beitserleichterung bedeuten!

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche
 und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt!

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die Mitarbei-
 terInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht
 nicht.

**Abonnement
und Retour:**

BRSD
Postfach 2521
72015 Tübingen

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
F 4637 F

Helmut Gollwitzer

Warum bin ich als Christ Sozialist? – Thesen – (Auszüge)

Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionärer Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, daß gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille.